

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 8 vom 20. Februar 1981

15. Jahrgang

1 DM

Lohnrunde Metall: Zahlreiche Warnstreiks

Zehntausende legten die Arbeit nieder

Über 40 000 Metallarbeiter bekundeten in der vergangenen Woche mit teilweise mehrstündigen Warnstreiks gegen das provokatorische Verhalten der Unternehmer ihre Kampfbereitschaft. Mit Unterschriftensammlungen und Resolutionen machten die Kollegen in der Metall- und in der Stahlindustrie zugleich deutlich, daß die gewerkschaftliche Basis von der IGM-Führung die volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen verlangt.

In Schleswig-Holstein kam es am Montag in vielen Betrieben zu Warnstreiks von insgesamt mehreren tausend Arbeiterinnen und Arbeitern der Metallindustrie, als bekanntgeworden war, daß die Unternehmer sich grundsätzlich geweigert hatten, über die Forderung der IG Metall nach Streichung der diskriminierenden „Frauenlohngruppe“ (Lohngruppe II) zu verhandeln.

Am Dienstag vergangener Woche kam es dann auch in Baden-Württemberg zu ersten Warnstreiks im Rahmen der Lohnrunde. Bei Bosch in Stuttgart und in einem Waiblinger Metallbetrieb legten jeweils etwa 400 Kollegen die Arbeit für eine Dreiviertelstunde nieder. Zwei Tage später, am Donnerstag, kam es aus dem gleichen Anlaß in Norddeutschland zu Warnstreiks in den meisten Großbetrieben und auch in einer Reihe mittlerer Betriebe. Insgesamt waren an den Arbeitsniederlegungen am Donnerstag, die bis zu drei Stunden dauerten, rund 30 000 Kolleginnen und Kollegen beteiligt, davon allein in Hamburg 10 000.

Weizenlieferung blockiert

Reagan will Nicaragua aushungern

MANAGUA. — Eine ernste Gefährdung der Lebensmittelversorgung droht dem mittelamerikanischen Land Nicaragua. Der Grund: Washington blockiert die Auslieferung von Weizen, den die nicaraguanische Regierung in den USA bestellt hatte.

Außenhandelsminister Dionisio Marenco erklärte, die Lage für sein Land, das noch immer unter den Folgen des Bürgerkriegs leidet, werde „kritisch“, wenn es nicht kurzfristig eine Lösung gebe. Mit dem Weizenboykott führt die Reagan-Regierung ihren ersten Schlag gegen das vom proamerikanischen Somoza-Regime befreite Nicaragua. Es spricht für den ultrareaktionären Charakter der neuen Leute in Washington, daß sie dabei den Weizen als Waffe ihrer imperialistischen Politik einsetzen und bewußt mit dem Hunger des nicaragua-

Am Freitag kam es dann auch in Hessen zu Arbeitsniederlegungen. In Frankfurt und Hanau beteiligten sich insgesamt ca. 2 000 Metallarbeiter an Warnstreiks. Anlaß: In Frankfurt fand am Freitag die dritte Verhandlungsrunde für den Tarifbezirk Hessen statt. Abordnungen aus den Betrieben übergaben vor Ort der Verhandlungsdelegation der IG Metall 4 000 Unterschriften für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen.

Auch in Baden-Württemberg werden in den Metallbetrieben Unterschriften für die volle Durchsetzung der Acht-Prozent-Forderung und der geforderten Sockelbeträge durchgeführt. Inzwischen gingen bei der Stuttgarter Bezirksverwaltung bereits mehr als 15 000 Unterschriften ein. Die IG-Metall-Vertreterversammlung Gelsenkirchen hat am Mittwoch einstimmig eine Entschließung angenommen, in der ebenfalls gefordert wird, die gewerkschaftlichen Forderungen „in voller Höhe durchzusetzen“. Die Forderungen seien angesichts der Preisentwicklung bereits an der

untersten Grenze angesetzt.

Ähnlich ist auch der Inhalt einer Entschließung der Vertrauensleuteversammlung bei Hoesch-Phönix in Dortmund zur Stahltarifrunde, die ebenfalls einstimmig verabschiedet wurde. Darin wird festgestellt, daß die Sieben-Prozent-Forderung „an der untersten Grenze des Vertretbaren“ angesetzt ist und daß diese 7 Prozent plus der geforderten Vorweganhebung in voller Höhe durchgesetzt werden müssen.

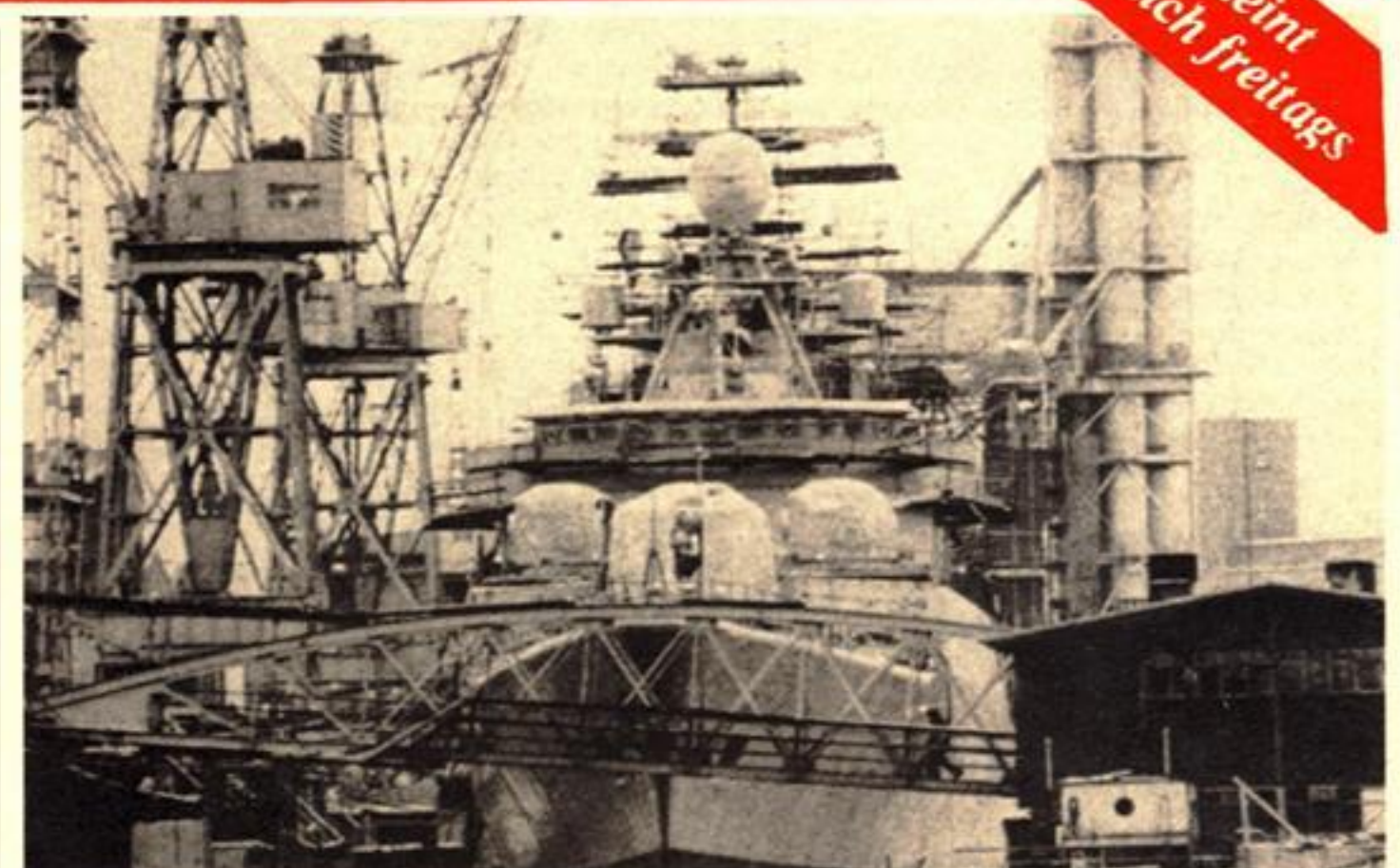
Die Stahlbarone erlaubten sich bei der ersten Stahl-Verhandlungsrunde, die am Freitag in Düsseldorf stattfand, eine ungeheure Provokation: Anstatt ein Angebot vorzulegen, forderten sie eine sechsmonatige Lohnpause! Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen und auf den 9. März vertagt.

100 000 Bauern demonstrierten

Bereit zu weiteren Kampfaktionen

Mehr als 100 000 Bauern beteiligten sich an den Demonstrationen am 14. Februar im gesamten Bundesgebiet und ließen diese Aktionen zu einer der größten seit Kriegsende werden. An der umfangreichsten Demonstration in München nahmen 35 000 Landwirte teil. Sie machten deutlich, daß es mit dieser Aktion nicht getan ist; hier wurde nicht einfach „Dampf abgelassen“, hier fand eine Sammlung der Kräfte für zukünftige militantere Aktionen statt, wenn den Forderungen der Bauern nicht stattgegeben wird.

Gegen die Kürzung des Bundesagrarchaushalts um 7,2 Prozent, gegen die Tatsache, daß werktätige Bauern in den letzten fünf Jahren Einkommensverluste von über 30 Prozent hinnehmen mußten, für eine deutliche Steigerung der Erzeugerpreise und andere Forderungen gingen die Bauern auf die Straße. Noch demonstrieren sie unter Führung des Bauernverbandes mit dem Großagrariar und Bauernfeind Heeremann an der Spitze. Aber daß der Verband diese Aktion überhaupt durchführen mußte, ist auf die Empörung der Bauern selbst zurückzuführen. Aus dem „Wind dieser Demonstration“ könne ein „Sturm entstehen“, so warnten Heeremann und der bayrische DBV-Sekretär Schnieders. Genau das deu-



Weg von der Rüstungsproduktion will der Betriebsrat der Kieler Krupp-MaK GmbH, die unter anderem am Bau des Kampfpanzers Leopard 2 beteiligt ist. In Anspielung auf Geschehnisse bei der Kieler Werft HDW erklärte der Betriebsrat: „Wir wollen nicht so weit kommen, daß die Kollegen keinen anderen Ausweg mehr sehen, als für die Linie des Unternehmensvorstands zu streiken“. Der MaK-Betriebsrat fordert die Sicherung der Arbeitsplätze durch mittelfristige Umrüstung auf zivile Produktionszweige. Eine Forderung, die auch vom Vertrauensleutkörper des Hamburger Rüstungsbetriebs Blohm + Voss (Kampfpanzer, Fregatten) erhoben wurde. Die Vertrauensleute haben einen „Arbeitskreis alternative Fertigung“ eingerichtet.

Neues „Finanzierungsloch“

„Tornado“ wird noch teurer

BONN. — Einen neuen Preissprung hat das „Tornado“-Projekt gemacht. Wie am Wochenende bekannt wurde, ist dadurch bei den zur Finanzierung des Kampfflugzeugs bereitgestellten Mitteln ein „Loch“ von 800 Millionen Mark entstanden. Die Quelle dieser Information soll der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Obleser sein.

Der „Tornado“ ist eine deutsch-britisch-italienische Gemeinschaftsproduktion. Die Bundeswehr hat 322 Maschinen für Luftwaffe und Marine bestellt. Der „Tornado“ wurde ursprünglich als Mehrzweckkampfflugzeug geplant, ist in der fertiggestellten Version jedoch reine Angriffswaffe, ein Atombomber (der natürlich auch für Angriffe mit konventionellen Waffen geeignet ist). Die Kosten des „Tornado“-Projekts haben sich in einem derart wahnwitzigen Tempo ge-

steigert, daß der Stückpreis einer Maschine sich in wenigen Jahren gegenüber dem bei der Bestellung veranschlagten Preis mehr als verzehnfacht haben wird. Erst im vergangenen Jahr war dadurch bei der laufenden Finanzierung des Projekts im Militärhaushalt ein „Loch“ von 1,3 Milliarden Mark entstanden. Gestopft wurde es unter anderem dadurch, daß Finanzminister Matthöfer 700 Millionen Mark zusätzlich in den Militärhaushalt steckte (siehe auch Kommentar Seite 2).

Diese Woche

Brokdorf

O sich Hamburg weiter am Brokdorf-Projekt beteiligen wird oder nicht, kann nach dem Kompromiß des Senats in dieser Sache noch nicht abgesehen werden. Klar ist jedoch, daß die Atomindustrie mit Hilfe der Bundesregierung den Bau des Atomkraftwerks in jedem Fall durchziehen will. Für den 28. Februar ist eine Großdemonstration am Bauplatz angekündigt. Seite 2.

Kampf gegen Aussperrung

Über 44 000 Unterschriften für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung hat die von verschiedenen Gewerkschaften gebildete „Kampagne“ gesammelt. Sie wurden dem Vorstand der IG DruPa in NRW übergeben. Seite 4.

„Flucht und Vertreibung“

Über diese hetzerische Fernsehserie wird noch immer diskutiert. Auf Seite 8 bringen wir den Erlebnisbericht einer Genossin über ihre Erfahrungen mit dem Einmarsch der Roten Armee bei der Befreiung Deutschlands vom Faschismus.



35 000 Teilnehmer hatte die Demonstration in München, wo dieses Foto gemacht wurde.

Kommentar der Woche

„Das größte technologische Projekt seit Christi Geburt.“ Derart bombastisch umschrieb in den sechziger Jahren der damalige Kriegsminister Helmut Schmidt das Vorhaben, in deutsch-britisch-italienischer Zusammenarbeit ein Mehrkampfflugzeug zu bauen — den „Tornado“. Am Wochenende geriet dieses Projekt wieder einmal in die Schlagzeilen.

Schon im vergangenen Jahr hatte Schmidts Nachfolger Apel eingestehen müssen, daß die Finanzierung der von der Bundeswehr bestellten „Tornados“ 1,3 Milliarden Mark mehr verschlingen würde als im laufenden Haushalt vorgesehen war. Und jetzt ist gerade wieder eine Finanzierungslücke entdeckt worden: diesmal im Umfang von 800 Millionen Mark.

Apel und der „Tornado“-Skandal

Kann Minister Apel nicht richtig rechnen? Hat er geschluppert? Diesen Eindruck jedenfalls erweckt die „Tornado“-Debatte, wie sie jetzt schon seit Monaten in Bonn und in den Medien geführt wird. Lang und breit wird da ausgewalzt, der Kriegsminister habe diese Akte nicht sorgfältig genug studiert oder sei jenem Hinweis auf ein drohendes Loch bei der Finanzierung nicht nachgegangen. Begleitet werden solche Erörterungen dann stets von Hinweisen darauf, daß Apel sein Ministerium nicht richtig im Griff hätte und daß seine Positionen immer unhaltbarer würden.

Dazu ist zweierlei zu sagen. Apels Stuhl wackelt — das ist richtig. Dieser Umstand aber ist im wesentlichen auf ganz andere Dinge zurückzuführen. Bei den Gelöbnisorgien im vergangenen Jahr ist dem Minister von der erstarkten Friedensbewegung eine empfindliche Schlappe beigebracht worden. Selbst innerhalb seiner eigenen Partei hat sich Apel mit seinem provokativ militaristischen Kurs dermaßen isoliert, daß inzwischen von der Basis schon Rücktrittsfordern kommen.

Zum zweiten ist auch die „Tornado“-Affäre selbst nicht ein Ergebnis mangelnder Qualifikation des Ministers. Wer sie zu einer Personalfäre macht, will damit nur von den wirklichen Ursachen des „Tornado“-Skandals ablenken.

Wo aber liegen diese Ursachen tatsächlich? Um ihnen auf die Spur zu kommen, genügt es schon, einen Blick auf die Kostenentwicklung des „Tornado“-Projekts zu werfen. 1968 war der Gerätepreis für eines der Kampfflugzeuge auf 10 Millionen Mark veranschlagt worden. Bis heute ist er auf sage und schreibe 67,5 Millionen angestiegen. Und nach realistischen Schätzungen wird er bis zur endgültigen Auslieferung der „Tornados“ an die Bundeswehr weiter auf etwa 110 Millionen hochschnellen.

Eine Preisexplosion also auf mehr als das Zehnfache der ursprünglichen Kosten. Man kann sich unschwer ausmalen, welche gewaltigen Profitspannen für die „Tornado“-Produzenten in der BRD unter anderem: Siemens, AEG, Daimler, Thyssen in dieser Entwicklung stecken. Wenn schon für das kapitalistische System allgemein gilt, daß über den Staatshaushalt ein Teil des Nationaleinkommens zugunsten der Bourgeoisie umverteilt wird, so ist der Rüstungshaushalt im besonderen ein reiner Selbstbedienungsladen für die Monopole.

Denn hier wird vom staatlichen Auftraggeber nicht etwa ein Festpreis mit den Rüstungskonzernen vereinbart. Es gilt vielmehr das sogenannte System der gleitenden Preise, in dessen Rahmen die Konzerne völlig freie Hand dabei haben, im Laufe der Entwicklung der Waffensysteme die Preise nach Belieben hochzuschrauben.

Für die Monopole ist also gerade die Kriegsproduktion eine Quelle von besonders fetten Profiten. Und welche Rolle das für sie gerade in Zeiten der verschärften Krise spielt, kann man aus dem Beispiel des schwer angeschlagenen britischen Rolls-Royce-Konzerns sehen, den die Bosse ausschließlich mit den Profiten aus ihrer Beteiligung am „Tornado“-Geschäft wieder sanieren konnten.

Es liegt also auf der Hand, daß von den an der Rüstungsproduktion beteiligten Monopolen ein starker Druck ausgeht, die Waffenbeschaffungsprogramme immer mehr zu erweitern. Diesem Druck hat sich Apel ebenso gebeugt wie alle seine Vorgänger. Die Folge ist dann eben, daß durch die unersättliche Profitgier der Monopole ständig neue „Finanzierungslücken“ aufgerissen werden.

Und die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat noch nie Skrupel verspürt, die Lücken durch ein noch brutaleres Streichen der Ausgaben im sozialen Bereich wieder zu füllen.

Detlef Schneider

Parteivorstand will Kritik an Schmidt abwürgen

Krise in der SPD nicht beseitigt

BONN. — Als „außerordentlich zufrieden“ mit dem Ergebnis der Krisensitzung des SPD-Parteivorstandes erklärte sich am Wochenende Bundeskanzler Schmidt. Grund zur Zufriedenheit hat er in der Tat: In der vom Parteivorsitzenden Brandt vorgelegten und vom Vorstand abgesegneten Fünf-Punkte-Erklärung wird die Unterstützung der reaktionären Regierungspolitik ausdrücklich zur vorrangigen Aufgabe der SPD erklärt.

Brandt hatte die Sondersitzung des Parteivorstandes einberufen, als die Krise innerhalb der SPD immer schärfer zutage trat. Vor allem in den Fragen der „Sicherheitspolitik“ (NATO-Raketenbeschluß, Waffenexporte) und des Atomprogramms (Brokdorf) spitzten sich die Widersprüche in der Partei dramatisch zu, zeigte sich deutlich eine breite Opposition der Basis gegen die Politik der Schmidt-Regierung und der Parteispitze.

Angesichts dieser Entwicklung warnte Fraktionschef Wehner schließlich sogar vor einer Spaltung der SPD. In der vergangenen Woche zeigte sich dann aber auch, daß die Parteiführung selbst teilweise aus dem Tritt geraten war und sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Opposition einigen konnte. Der Boss der ultrarechten Fraktion, der sogenannten Kanalarbeiter, Bundesminister Franke, warf den Parteivorsitzenden Führungsschwäche vor, weil sie nicht den Ausschluß von Karl-Heinz Hansen durchgesetzt hätten.

Brandts Stellvertreter

Wischnewski sprach von der schwersten Krise in der SPD seit Kriegsende, was von Brandt selbst nachdrücklich bestritten wurde. Für den Vorsitzenden handelte es sich bei den Auseinandersetzungen in der Partei nur um „die Aufregtheit einiger Mandatsträger“ — ein deutlicher Schuß gegen Wehners Spaltungswarnungen. Wehner wiederum forderte „ein Mitglied der engeren Parteiführung“ dazu auf, stärkere Anstrengungen zur Ausrichtung der Basis zu unternehmen und sich nicht auf das „Verschicken von Broschüren zu beschränken“ — ein Schlag gegen Brandt und Wischnewski. Kein Zweifel, die SPD-Bosse haben Schwierigkeiten, die rebellische Basis in den Griff zu bekommen.

Von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei blieb denn auch die Vorstandssitzung nicht unberührt. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, kam es dabei zu lautstarken „Ausbrüchen des Bundeskanzlers“. Schmidts Wut richtete sich vor allem gegen die beiden Vorstandsmitglieder Matthies-

sen und Eppler, die seine massive Unterstützung für den Bau des AKWs Brokdorf kritisierten. Schmidt machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß der Beschluß des Westberliner Parteitages von 1979, nach dem auch die Option eines langfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie offengehalten werden müsse, für ihn keine Gültigkeit mehr habe. Für Schmidt und seine Regierung gibt es nur noch eine einzige Option: den verstärkten Bau von Atomkraftwerken im Interesse der Elektro- und Energiemonopole.

Auch in den anderen auf der Vorstandssitzung behandelten Sachfragen setzte Schmidt seinen Kurs durch. So wurde etwa der NATO-Raketenbeschluß ausdrücklich bestätigt. In einer weiteren, innerhalb der Partei stark umstrittenen Frage — den Waffenexporten — deutete sich an, daß die Bundesregierung auf das Chile-Geschäft verzichten will, dafür dann aber die Unterstützung der Partei bei der generellen Ausweitung der Waffenexporte verlangt.

So schrieb die von Brandt entwickelte und vom Vorstand bestätigte Fünf-Punkte-Erklärung insgesamt die Absicherung der Regierungspolitik durch die Partei fest — wobei mit wohlklingenden Phrasen nicht gespart wurde: Die Sicherheit der Arbeitsplätze stehe für die SPD

an erster Stelle, zur Sicherung des Friedens müßten neue Anstrengungen unternommen werden usw. Nun stehen solche Phrasen ja für jeden offensichtlich im Gegensatz zu der von der Bundesregierung und der Parteispitze betriebenen Politik. Nach dem Willen des Vorstandes aber darf sich künftig kein Sozialdemokrat „anmaßen“, diesen Widerspruch bloßzulegen und sich für eine wirkliche Friedenspolitik und eine tatsächliche Verteidigung der Arbeitsplätze einsetzen.

Denn die Brandt-Erklärung will die Partei darauf verdonnern, „überflüssige Polemik“ zu unterlassen. Die Basis soll sich nicht der Interessen der Werktätigen annehmen, sondern sich als Erfüllungsgehilfe der Bundesregierung verstehen. „Politisch Aufgabe der Sozialdemokratie“, so heißt es in der Erklärung, „bleibt die entschiedene Unterstützung von Helmut Schmidt und seiner Regierung“. Für diese Erklärung bekamen die Parteibosse eine starke Mehrheit im Vorstand; es gab lediglich fünf Enthaltungen (Eppler, Matthiesen, von Oertzen, Junker und Vieth).

Wenn Brandt nach der Vorstandssitzung gegenüber der Presse erklärte, seine Fünf-Punkte-Erklärung sei als Loyalitätsbekenntnis zu Bundeskanzler Schmidt und als Zeichen für die Geschlossenheit der Partei zu werten, so stimmt von dieser Aussage nur der erste Teil. Denn der Vorstand ist schließlich nicht die Partei. Und es gehört keine prophetische Gabe dazu, vorauszusagen, daß auch mit Brandts fünf Punkten die innerparteiliche Opposition nicht zum Schweigen gebracht werden kann.

Atomkraftwerk Brokdorf

Hamburger Senat fordert „Denkpause“

Demonstrationen am Bauplatz angekündigt

HAMBURG. — Mit einem Kompromiß endete die Beratung des Hamburger Senats über eine Beteiligung am AKW Brokdorf. Der Senat will mit der Kieler Landesregierung Beratungen mit dem Ziel aufnehmen, einen Aufschub des Weiterbaus am Atomkraftwerk um drei Jahre zu erreichen. Während dieser „Denkpause“ soll eine größere Klarheit in der bislang ungelösten Entsorgungsfrage und in der Anwendung neuer Technologien geschaffen werden.

Sollte die CDU-Regierung von Schleswig-Holstein der Aussetzung der Bauarbeiten nicht zustimmen, will der Senat die

einiger Zeit den generellen Ausstieg aus dem Brokdorf-Projekt und stattdessen den Bau von drei Heizkraftwerken und ei-

nung des Senats spiegelt sich die Tatsache wider, daß die Hamburger Landesregierung unter starkem Druck von zwei Seiten geraten ist. Zum einen hat sich der Widerstand der werktätigen Bevölkerung gegen das AKW Brokdorf darin niedergeschlagen, daß mittlerweile die ganze norddeutsche SPD den Bau des Atomkraftwerkes ablehnt. Zum anderen machen die Monopole und die Bonner Regierung

gesetzt. Denn daß die Kieler Regierung auf die geforderte „Denkpause“ eingehen wird, ist sehr fraglich. Ministerpräsident Stoltenberg jedenfalls hat schon erklärt, er wolle sich nicht den Schwarzen Peter in der Brokdorf-Frage zuschieben lassen und ein Aufschub der Bauarbeiten sei für ihn „schwer vorstellbar“. Ungewohnt heftig und nervös haben auch die Monopolverbände auf die Entscheidung des Hamburger Senats reagiert. Der BDI nannte sie einen „Akt bespielloser wirtschaftlicher und politischer Kurzsichtigkeit und Hilflosigkeit“. Für den Deutschen Industrie- und Handelstag erklärte dessen Vorsitzender Wolff von Amerongen, eine „Denkpause“ sei nur eine Ausrede, um sich um Entscheidungen herumzudrücken.

Neben den Monopolkapitalisten beharren auch die Bundesregierung und die reaktionären DGB-Bosse auf den Bau des AKWs Brokdorf. Sollte es tatsächlich zu einem Ausstieg der HEW aus dem Projekt kommen, steht schon die Preußen-Elektra, eine Tochtergesellschaft des bundeseigenen VEBA-Konzerns, bereit, die Hamburger Anteile zu übernehmen und so den Bau des Atomkraftwerkes zu garantieren.

Unter diesen Umständen ist der entschiedene Widerstand gegen das Brokdorf-Projekt eine Sache von großer Bedeutung. Für den 28. März haben Bürgerinitiativen und politische Organisationen — darunter auch die norddeutschen Landesverbände unserer Partei — zu einer Großdemonstration am Bauplatz aufgerufen.



Nach der Wiederaufnahme der Bauarbeiten am AKW Brokdorf kam es zu Protestaktionen.

Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) dazu bewegen, ihre 50prozentige Beteiligung am Brokdorf-Projekt aufzugeben. Wie der „Rote Morgen“ bereits berichtete, fordert Hamburgs Bürgermeister Klose seit

dem Stromkraftwerk auf Kohlebasis in der Hansestadt. Dafür hatte er vor zwei Wochen auch die Unterstützung des Landesparteitages der SPD bekommen.

In der Kompromißentschei-

gerade Brokdorf immer mehr zum Prüfstein für die Durchsetzung des reaktionären Atomprogramms.

Realistisch betrachtet, hat Klose seine Position im Senat dennoch im wesentlichen durch-

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Wohnungskampf in Westberlin:

Ein Beispiel, das Schule macht

Drohungen und schöne Worte können den Kampf nicht stoppen

WESTBERLIN. — Der Kampf gegen die Wohnungsnot in Westberlin hält unvermindert an. Bis zum 11.2. waren bereits 63 Häuser besetzt und werden „instandbesetzt“, um den von den Spekulanten gewünschten Verfall zu verhindern. Weder harte Strafen, massive Drohungen noch unverhältnismäßige Polizeieinsätze. Ein Höhepunkt war sicher die Demonstration der 15 000 Ende Januar in Berlin, die zum Rathaus Schöneberg zogen. Diesmal hielt sich die Polizei zurück, sogar die Bannmeile wurde extra aufgehoben. Die Demonstranten brachten ihre Forderungen deutlich zum Ausdruck. Ein großer Käfig mit einer Figur von Exsenator Riebschläger drin wurde mitgeführt. Ein großer Wagen mit der Aufschrift: „Die Glaserinung Berlins grüßt die Demonstranten — weiter so!“ Verspottete das heuchlerische Geschrei über die zerstörten Fensterscheiben der Bankhäuser. Die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) hat in Berlin über 1 000 Mark zur Unterstützung der gefangenen Demonstranten gesammelt.

Die Kampfkraft der Jugend stellt die Politiker vor arge Probleme. Am 2.2. forderte der FDP-Abgeordnete Harald Loch eine Amnestie für die Festgenommenen bzw., weil ein entsprechendes Gesetz zu lange dauern würde, sofortige Haftverschonung. Bausenator Ulrich stellte sich dagegen. Ohne Freilassung der Gefangenen aber wird der Kampf nie aufhören!

Vom 30.1. bis zum 1.2. wurden allein 57 Demonstranten festgenommen, von denen drei festgehalten wurden. Wie über hundert andere werden sie in den nächsten Wochen vor Gericht stehen, wegen „Landfriedensbruch“, „Sachbeschädigung“, „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ usw. Die Prozesse begannen mit einem brutalen Urteil: 14 Monate ohne Bewährung für einen Demonstranten!

Inzwischen, so heißt es, bemühen sich die Politiker, die „Konfrontation zu entschärfen“. Gegen eine Demonstrantin wurde zum erstenmal die zwölfmonatige Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt. Fast alle Politiker sprechen von „schweren Versäumnissen“, so auch Vogel in seiner Antrittsrede. Was nicht heißt, daß die massiven Drohungen gegen die Jugend und ihren berechtigten Kampf aufhören; die Presse, besonders Springer, hetzt weiter gegen die „Terroristen“,

Bundesanwalt Rebmann bezeichnete die Demonstranten als „kriminelle Vereinigung“, verschiedene Reaktionäre fordern einen noch härteren Polizeieinsatz.

Die SPD jedenfalls sagt: Gut, ihr habt uns mit euren Aktionen auf das Problem aufmerksam gemacht; wir geben Fehler zu; jetzt ist es aber auch

bindliche Schmeichelworte der Politiker haben die Berliner Jugendlichen zum Nachgeben bewegen können, und sie haben trotz aller Verleumdungen die Unterstützung der Bevölkerung. Berlin setzte Signale für das gesamte Bundesgebiet: überall wurde die „Instandbesetzung“ zur Aktionslosung.

genug — wir wissen bescheid, wir werden was tun, Hausbesetzungen sind jetzt nicht mehr nötig.

Das allerdings hat nicht den gewünschten Erfolg. An diesen Worten der Politiker stimmt nur, daß es einzig und allein die Kampfkraft waren, die ihnen Stellungnahmen und Zugeständnisse abgerungen haben.

Und das wissen die Demonstranten selbst sehr genau. Deshalb werden sie auch in Zukunft nicht schönen Worten, sondern nur der eigenen Kraft vertrauen: „Instandbesetzungen sind so lange nötig, wie noch immer wertvoller Wohnraum verkommt!“ lautete die unmißverständliche Antwort des Besetzerzrats.



15 000 demonstrierten in Berlin. Die Rote Garde fordert auf dem Transparent in der Mitte: „Sofortige Freilassung aller inhaftierten Instandbesetzer!“

10 000 Schüler und Lehrlinge demonstrierten für ihre Zukunft

Gegen die Bildungspolitik der hessischen Landesregierung

WIESBADEN. — Mehr als 10 000 Schüler und Lehrlinge demonstrierten am 7.2. in Wiesbaden gegen die „Rotstiftpolitik“ der Landesregierung, gegen die Kürzung der Mittel für die Schul- und Berufsausbildung. Die Aktion wurde organisiert von der Landesschülervertretung und der DGB-Jugend.

Über 3 300 Lehrer sind in Hessen arbeitslos. In den Schulen aber gibt es einen drastischen Lehrermangel, dem die Regierung nicht abhelfen will. Sie macht sich nur Gedanken über eine „Mängelverteilung“. Dabei schneiden die Berufsschulen am schlechtesten ab: Ihnen werden nur 69 Prozent der benötigten Kräfte zugestanden. Rund 65 Prozent der Berufsschüler haben weniger als 10 Unterrichtsstunden wöchentlich. Über 20 000 Berufsschüler sind ohne Ausbildungsvertrag! Den Kapi-

talisten aber wurden allein durch den Verzicht auf die Ausbildungsplatzabgabe fast 3,5 Milliarden Mark geschenkt. Im Landesetat für 1981 wurden 220 Lehrerstellen gestrichen der Bildungsetat um über 74 Millionen Mark gekürzt. Bis 1985 sollen weitere 4 080 Streichungen folgen.

Aus Protest gegen die Streichung der Lehrerplanstellen hatten sich fünf Lehrer zwei Tage lang vor dem Kultusministerium angekettet. Sie reihten sich zum Abschluß ihrer aufse-

henerregenden Aktion in die Demonstration ein.

Sprecher der Schülerschaft, der GEW, der IGM usw. griffen auf der Kundgebung die Politik der Regierung und das Verhalten der Kapitalisten scharf an, besonders Ministerpräsident Böcker, der den Unternehmern geraten hatte, doch Jugendliche einzustellen, ihnen aber ruhig weniger zu bezahlen, und der vor der Demonstration gegenüber der Schülerschaft erklärt hatte, sie könnten sich ruhig totlaufen, er würde an seiner Politik nichts ändern. Bei der Durchsetzung seiner Politik aber stößt er auf einen Widerstand, der ständig zunimmt. Die Rotstiftpolitik muß zu Fall gebracht werden!

Mit ihrer mutigen Aktion haben die Streikenden viel dazu beigetragen, daß in unserem Land über die Zustände in der Türkei diskutiert wird und daß sich immer mehr Stimmen erheben, die den Abbruch der Unterstützung für das faschistische Regime fordern. Zusammen mit den machtvollen Demonstrationen der Antifaschisten aus der Türkei und Westdeutschland hat auch der Hungerstreik dafür gesorgt, daß die Bonner Politiker das Schweigen über die Türkei aufgeben mußten.

Der Kampf gegen die Finanzierung der Faschisten durch die Bundesregierung geht natürlich unvermindert weiter. Für die nächste Zeit sind weitere Aktionen, darunter eine große Demonstration am 14. März in Frankfurt, in Vorbereitung.

Sie sind auch dringend erforderlich. Denn diese Hilfe geht weiter, und trotz aller an-

geblichen „Bedenken“ in Bonn trotz der „deutlichen Sprache“, mit der der stellvertretende Ministerpräsident Özal bei seinem Besuch in Bonn auf die innenpolitische Situation der Türkei angesprochen worden sein soll, ist die Bundesregierung offenbar auch 1981 bereit, über Finanzminister Matthöfer die Unterstützungsprogramme der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), zu der auch die Bundesrepublik und die USA gehören, zu koordinieren. Das hatte sie bereits im vergangenen Jahr zur Zufriedenheit der westlichen kapitalistischen Staaten und der Faschisten in der Türkei erledigt. Özal, der den Kapitalhilfebedarf der Türkei für 1981 auf rund 1,5 Milliarden Dollar bezifferte, sagte jedenfalls unwidersprochen: „Wir befinden uns auf dem richtigen Gleis — Sie werden uns nicht im Stich lassen.“

Fischereiarbeiter und Kutterfischer kämpfen um ihre Existenz



Die Kampfkraft der Kutterfischer und der Arbeiter in der Hochseefischerei gehen weiter. In Hamburg legten Kutterfischer für mehrere Stunden den Schiffsverkehr auf der Elbe lahm, um gegen die Verseuchung der Gewässer durch Giftstoffe zu protestieren. Ein großer Teil ihres Fangs, besonders der Aale, läßt sich gar nicht mehr verkaufen, weil die Fische krank und derartig giftig sind, daß sie zum Verzehr ungeeignet sind.

Die Fischereiarbeiter der Hochseefangflotte sehen ihre Arbeitsplätze durch die EG-Fischereipolitik bedroht. Wäh-

rend sich die Politiker in Brüssel nicht über die Festlegung von Fangquoten und die Vereinbarungen einzelner EG-Mitgliedstaaten mit Drittländern einigen können, kann ein großer Teil der Flotte nicht mit der Fischerei beginnen. Der Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten wird auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. An der deutschen Nordseeküste sind 1 200 Hochseefischer von Arbeitslosigkeit bedroht; von jedem Arbeitsplatz an Bord hängen etwa zehn Beschäftigte in Land- und Landnebengebieten ab.

Friedensseminar

Die Rote Garde Bielefeld führt am 21. und 22. Februar ein Friedensseminar durch. Auf dem Programm stehen Arbeitsgruppen zur Bundeswehr, zur „Friedenspolitik“ à la Bonn, zur Entstehung von Kriegen und zur aktuellen Kriegsgefahr.

Über den Friedenskampf nach dem 2. Weltkrieg und über den Friedensplan der KPD spricht der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Aust.

Weiter im Programm: „Antlitz des Krieges“ (ein Antikriegsfilm) und am Samstagabend, in der Gaststätte „Zum goldenen Stern“ an der Heeper Straße, eine Fete mit „Ratte und Schweißfliege“ aus Hamburg und der Rockgruppe „Ruhrwerk“ aus Dortmund.

Treffpunkt für alle Seminarteilnehmer: Samstag, den 21. Februar um 10.30 Uhr an der Bürgerwache am Siegfriedplatz. Unkostenbeitrag: 15,— DM.

Veranstaltung

Das „Türkeikomitee Düsseldorf“ führt eine Informationsveranstaltung über die Situation in der Türkei und die Bonner Hilfe für die faschistische Junta durch.

Es sprechen: Cafer Cebe, ein Vertreter von amnesty international und zwei Angehörige des Bonner Hungerstreikkomitees.

Ort: Evangelische Studentengemeinde Düsseldorf, Witzelstr. 76 (Nähe Uniklinik)
Zeit: Samstag, 21.2., 18.00 Uhr

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Hungerstreik beendet

Kampf gegen „Türkeihilfe“ geht weiter

BONN. — Nach einer Dauer von sechs Wochen wurden die Hungeraktionen von Antifaschisten aus der Türkei, denen sich auch deutsche Antifaschisten angeschlossen hatten, in der Bundesrepublik beendet.

Mit ihren Aktionen in vielen westdeutschen Städten hatten die Hungerstreikenden auf die Verbrechen der Militärregierung in Ankara aufmerksam gemacht und die Unterstützung des Regimes durch die westdeutsche Regierung angeprangert. Zu ihren wesentlichen Forderungen gehörte die Entsendung einer bundesdeutschen Kommission in die Türkei, die die dortigen Zustände untersu-

chen und darüber berichten soll. Diese Kommission sollte die Unterstützung der Bundesregierung haben.

Die Zusammenstellung und Entsendung einer solchen Untersuchungskommission haben inzwischen die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP beschlossen. Ihr sollen u.a. Peter Cortier (SPD) und Helga Schuchardt (FDP) angehören.

Trotz Rekordumsatz: Kurzarbeit und Massenentlassungen

Siemens will 10 000 Arbeitsplätze vernichten

Superprofit soll Rationalisierung vorantreiben

MÜNCHEN. — Der bundesdeutsche Elektromulti Siemens machte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1979/80 einen neuen Rekordumsatz. Dennoch kündigte der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, Karlheinz Kaske, jetzt an, daß die Vernichtung von rund 10 000 Arbeitsplätzen bei Siemens geplant sei.

Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte Siemens einen Umsatzanstieg um 14 Prozent auf sage und schreibe mehr als 32 Milliarden Mark. Der Auftragseingang konnte gar um 19 Prozent auf über 35 Milliarden gesteigert werden. Und trotz der weltweiten konjunkturellen Talfahrt steigen Umsatz und Auftragseingang des Elektro-Giganten weiter.

Für das erste Quartal des Geschäftsjahres 1980/81, das im Oktober begonnen hat, meldet Siemens ein weiteres Um-

satzplus um 9 Prozent und eine Erhöhung der Auftragseingänge um 12 Prozent.

Bedeutet diese glänzende Geschäftslage, daß Siemens die Zahl seiner Beschäftigten erhöht oder doch wenigstens nicht verringert?

Keineswegs. Nach dem Motto: „Unser Profit stimmt nur, wenn er noch schneller steigt“, kündigte Vorstandsvorsitzender Kaske jetzt die Verringerung der Konzernbelegschaft um 2 bis 3 Prozent an, das heißt also, um ca. 10 000 der insge-

samt 344 000 Beschäftigten des Konzerns!

Gewerkschafter allerdings äußerten die Befürchtung, daß diese 10 000 nur die halbe Wahrheit darstellen und daß die Siemens-Bosse in Wirklichkeit sogar 20 000 Arbeitsplätze vernichten wollen. Und dies, obwohl nicht nur die gegenwärtige Geschäftslage des Konzerns ausgezeichnet ist, sondern auch die mittel- und langfristigen Aussichten von der Konzernspitze selbst als „nicht schlecht“ bezeichnet werden.

Der Arbeitsplatzabbau soll teilweise auf dem Wege der sogenannten „natürlichen Fluktuation“ erfolgen. Kaske selbst deutete jedoch bereits an, daß „Entlassungen nicht ausgeschlossen“ seien.

Desweiteren kündigte Kaske

eine massive Verstärkung der Kurzarbeit bei Siemens an. Im Januar mußten im Siemens-Konzern 9 000 Beschäftigte einen Tag pro Woche zu Hause bleiben. Im Februar soll die Zahl der Kurzarbeiter bereits auf 12 000 erhöht werden.

Siemens hat unter den bundesdeutschen Konzerngiganten die größte Belegschaft. Obwohl dieser Konzern zu denjenigen Monopolen gehört, die trotz der negativen Konjunktur weiterhin steigende Profite scheffeln und ihren Umsatz sogar noch steigern können, reicht den Siemens-Bossen das nicht aus. Der Milliardenprofit reizt die Konzernherren nur zur noch brutaleren Rationalisierung an: „Die geplanten Sachinvestitionen von ca. 1,9 Milliarden Mark zielen deshalb überwiegend auf eine weitere Produktivitätssteigerung“. So steht es im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Rundschau“ vom 5. Februar 1981 in einem Bericht über die Konzernstrategie der Siemens-Bosse.

Auf gut deutsch: aus weniger Beschäftigten soll ein noch höherer Profit herausgeschunden werden!

Bereits im vergangenen Geschäftsjahr betrug der Umsatz, den die Belegschaft pro Kopf für die Siemens-Kapitalisten erarbeitet hat, nahezu 100 000 Mark! Diese Zahl läßt ahnen, welche ungeheuren Profite die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Siemens für ihre „Arbeitgeber“ geschaffen haben.

Aber weil den schwerreichen Siemens-Kapitalisten dies immer noch nicht genug ist, setzen sie Tausende auf die Straße, zerstören sie skrupellos die Existenz von Arbeiterfamilien, vergrößern sie das Heer der Arbeitslosen.

Es ist notwendig, daß die IG Metall und die Betriebsräte bei Siemens gegen die Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung kompromisslos Front machen. Nein zu jeglicher Vernichtung von Arbeitsplätzen! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!

Bei den jetzt anstehenden Betriebsratswahlen müssen die Kandidaten und Listen danach beurteilt werden, ob sie sich in diesem Sinne für die Kollegen einsetzen wollen oder ob sie stattdessen von einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Profitthaien ausgehen.

Maxhütte und Van Delden — Beispiele verbrecherischer Konzernwillkür

Großbanken und Konzerne: Würger ganzer Regionen

Um ihres Profites willen schrecken die Großbanken und Konzernherren vor keiner sozialen Schandtat zurück. Auch in Gebieten, in denen die Arbeitslosigkeit bereits katastrophale Ausmaße angenommen hat, planen sie die Stilllegung solcher Großbetriebe, von denen ein Großteil der Einwohner wirtschaftlich völlig abhängig ist.

Im oberpfälzischen Industrieviertel der Landkreise Amberg-Sulzbach und Schwandorf droht der Klöckner-Konzern mit der Stilllegung der Maximilianshütte mit ihren Betrieben in Sulzbach-Rosenberg und Maxhütte-Haidhof. Rund 6 300 Beschäftigten droht Arbeitslosigkeit. Dazu kommt noch die beabsichtigte Schließung der Übertagegruben des Braunkohleflözes bei Schwandorf, der von der Bayerischen Braunkohleindustrie (BBI) seit 75 Jahren

Ja — das ist in unserer „freiheitlichen Rechtsordnung“ ohne weiteres möglich, daß einige schwerreiche Konzern- und Bankmagnaten ganze Regionen in unabsehbare Elend stürzen, weil ihre Profitgier dies verlangt!

Auf einer öffentlichen Vollversammlung der Vertrauensleute der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg verabschiedeten die 300 anwesenden Vertrauensleute und Bürger einstimmig eine Resolution, in der es heißt:



Kollegen von Povel demonstrieren gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

ausgebaut wurde. Der Abbau sei nicht mehr rentabel, heißt es.

Diese Stilllegungen, sollten sie nicht verhindert werden, wären soziale Verbrechen von besonderer Brutalität. Denn bereits im Januar lag die Arbeitslosenquote im Amtsbezirk Schwandorf bei 15,7 Prozent! In der Stadt Sulzbach-Rosenberg mit ihren rund 20 000 Einwohnern sind über 42 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Maxhütte beschäftigt.

Es läßt sich kaum ausmalen, welche Katastrophe die Stilllegung der Maxhütte für die werktätige Bevölkerung des betroffenen Gebietes bedeuten würde. Der Sprecher der Ortsverwaltung der IG Metall sieht die Gefahr, „daß die Jungen die Region ganz verlassen und die Alten alle arbeitslos sind“.

„Wir fordern das Recht auf Arbeit und Leben in unserer Heimat, und wir werden darum kämpfen.“

Ähnlich ist die Situation im westfälischen Gronau und Ortrup, wo die Textilgruppe Van Delden in Konkurs gegangen ist. 2 700 Beschäftigte sollen auf die Straße gesetzt werden. Die Deutsche Bank ist es, die das Schicksal der Van-Delden-Betriebe in der Hand hat. Sie hat jedoch nicht das geringste Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze in Gronau und Ortrup.

Nach Berechnungen der Kommunalbehörden in Gronau würde die Stilllegung der Van-Delden-Betriebe die Arbeitslosenquote in den beiden Orten und im Umland von gegenwärtig etwa 10 auf 25 Prozent steigen lassen!



Telefonproduktion bei Siemens

Betriebsratswahl '81

Wer hat Angst vor Persönlichkeitswahl?

In vielen Betrieben sabotieren eingessene Betriebsratsfürsten gemeinsam mit den Gewerkschaftsbözen die Persönlichkeitswahl und setzen Listenwahl durch. Dies obwohl die meisten Kollegen eindeutig die Persönlichkeitswahl vorziehen, weil sie sich von diesem Wahlverfahren einen direkteren Einfluß darauf versprechen, wer letztendlich mit welcher Stimmenzahl gewählt wird.

Offensichtlich befürchtet mancher abgehalfterte Betriebsratsfürst, bei einer Persönlichkeitswahl nicht mehr genügend Stimmen zu bekommen, weil die Belegschaft von seiner Kumpanei mit dem Unternehmer die Nase voll hat. Aber auch um die Kandidatur klassenkämpferischer, oppositioneller Kollegen zu verhindern, wird in vielen Fällen von reaktionären Betriebsratscliquen und Gewerkschaftsbözen eine Persönlichkeitswahl verhindert.

In der Januarausgabe der IGM-Funktionärszeitschrift „Gewerkschafter“ versuchte der durch seine willkürliche Entlassung als Bundesjugendsekretär des DGB bekannt gewordene Heinz Hawreliuk diese Haltung der Bözen zu rechtfertigen. Es stelle sich die Frage — so Hawreliuk — „ob es der IG Metall tatsächlich zuzumuten ist, z.B. mit Kandidaten gegnerischer Organisationen, konkurrierender Gewerkschaften und vereinzelt der K-Gruppen auf einen Wahlvorschlag zu gehen“. Und Hawreliuk behauptet dann, es werde „allzuoft deutlich, daß das Angebot der Personenwahl

lediglich zur Taktik der Wahlauseinandersetzung gegen die IG Metall bei den Betriebsratswahlen gehört“.

Hawreliuk leugnet schlicht eine Erfahrung, die die Arbeiter insbesondere in Großbetrieben immer wieder bei Betriebsratswahlen gemacht haben: daß nämlich die alteingesessenen Cliquen und Bözen im Betriebsrat bei der Aufstellung der IGM-Listen durch un-demokratische Methoden immer wieder auf die oberen Listenplätze gesetzt werden, obwohl möglicherweise die Mehrheit der Kollegen diese Pöstchenjäger endlich einmal abwählen will.

Und warum sollte denn Persönlichkeitswahl eine Taktik gegen die IG Metall sein? Seit wann muß denn ein ehrlicher Gewerkschafter, der sich konsequent für die Interessen der Belegschaft einsetzen will, das Votum der Kollegen fürchten? Wenn eine Persönlichkeitswahl für die IG Metall problematisch sein kann, dann doch nur unter der Voraussetzung, daß diejenigen, die im Betrieb offiziell die IG Metall repräsentieren, durch ihre Politik und ihre Handlun-

gen das Vertrauen der Kollegen verspielt haben!

Reaktionäre Gruppierungen wie etwa die Spaltergewerkschaft Christlicher Metallarbeiterverband (CMV) oder die Ständegewerkschaft Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) erhalten doch normalerweise nur dann Auftrieb, wenn die Belegschaft sich von den IGM-Betriebsräten verschaukelt sieht.

Kommunisten und andere revolutionäre und klassenkämpferische Gewerkschafter haben nicht das Ziel, gegen die IG Metall Front zu machen. Dies zu behaupten, heißt die Gewerkschaft mit gewissen Bözen und Arbeitverrättern gleichzusetzen, die es im Interesse der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Tat zu bekämpfen gilt. Aber Eugen Loderer ist nicht die IG Metall!

Wenn reaktionäre Betriebsratsfürsten und DGB-Bözen jetzt in vielen Betrieben eine Persönlichkeitswahl verhindern, dann weder, weil sie damit reaktionäre Spalterorganisationen bekämpfen wollen noch, weil die Gewerkschaft von sogenannten K-Gruppen bedroht würde. Es geht ihnen schlicht darum, mit un-demokratischen Machenschaften und Manipulationen ihre Pöstchen und ihren Einfluß abzusichern und die Kandidatur von unbequemen, klassenkämpferischen und revolutionären Kollegen zu unterdrücken.

Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung „Kampagne“ übergab der IG Druck 44 000 Unterschriften

DORTMUND. — Vertreter der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ überreichten dem Landesbezirksvorstand Nordrhein-Westfalen der IG Druck und Papier am Dienstag vergangener Woche neun Ordner mit insgesamt 44 193 Unterschriften für das gesetzliche Verbot der Aussperrung.

Im vergangenen Jahr hatte die „Kampagne für das gesetzliche Verbot der Aussperrung“ in 50 Komitees bundesweit Aktivitäten entfaltet. Zu den wichtigsten Initiativen der Kampagne gehörte eine Unterschriftensammlung für die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung. Sie erbrachte genau 44 193 Unterschriften.

Die „Kampagne“ betrieb für diese Forderung eine breite Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung. Unter anderem führte sie am 22. März 1980 eine Demonstration in Kassel anläßlich der Verhandlung über die Massenklagen von IG-Metall- und IG-Druck-Mitgliedern gegen die Aussperrung vor dem Bundesarbeitsgericht durch.

Um den Kampf der Gewerkschaften für das gesetzliche Verbot der Aussperrung zu unter-

stützen, hatte die „Kampagne“ der IG Druck nun das Angebot gemacht, ihr die gesammelten Unterschriften zur Verfügung zu stellen. Auf einer ordentlichen Sitzung des Landesbezirksvorstands der IG Druck und Papier am 10. Februar im Restaurant des Dortmunder Westfalenstadions fand im Beisein der Presse und des Westdeutschen Rundfunks die offizielle Übergabe der Unterschriftenlisten statt, die in neun Ordnern gebündelt waren.

Der Landesvorsitzende der IG Druck, Franz Kersjes, erklärte bei der Übergabe unter anderem: „Der Kampf der Gewerkschaften gegen die Aussperrung ist ein politischer Kampf, den wir so lange führen werden, bis ein Verbot der Aussperrung durch den Gesetzgeber sichergestellt ist.“



Törk Hansen, Sprecher des zentralen Ausschusses der „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ wies darauf hin, daß die Aussperrungen der letzten Jahre in der Druck-, Metall- und Stahlindustrie Anlaß und Ausgangspunkt gewesen seien „für unsere Initiative aus Mitgliedern verschiedener Einzelgewerkschaften, um eine breite Bewegung gegen dieses Unrecht in der Bevölkerung zu schaffen. Uns ging es in erster Linie um den politischen Druck gegenüber dem Gesetzgeber, der nun einmal erforderlich ist, um eine so wichtige Forderung zu verwirklichen. Dazu haben wir uns eben in dieser Initiative zusammengeschlossen und uns auch gefreut, dafür zum Beispiel Max von der Grün mit zu gewinnen. Unser Ziel war, eine breite Öffentlichkeit herzustellen.“

Hoesch/Dortmund: Protestaktionen gegen Stilllegungspläne

Warnstreiks bei Union und Phoenix

Bürgerinitiative fordert Maßnahmen von IGM-Ortsverwaltung

DORTMUND. — „Wir fordern den Erhalt unserer Arbeitsplätze in P 3“. Mit dieser Parole traten am Montag letzter Woche rund 150 Stahlarbeiter der Mittelleisenstraße (P 3) auf dem Werk Union von Hoesch in einen eineinhalbstündigen Warnstreik. Einige Tage danach, am Freitagmorgen, warfen auf dem Werk Phoenix ca. 250 Arbeiter der Grobblechstraße und der Blockbrammenstraße die Brocken hin. Sie forderten Auskunft über das Gerücht, wonach die Grobblechstraße 1986 stillgelegt werden soll.

Mit Transparenten, auf denen sie gegen die geplante Stilllegung der Mittelleisenstraße auf dem Werk Union protestierten und gegen die Absicht der Estel-Hoesch-Bosse jetzt auch direkte Entlassungen vorzunehmen, zogen am Montag Kollegen der Frühschicht vom P 3 zu einer Protestkundgebung vor das Werkstor. Die Empörung der Kollegen richtete sich auch gegen die Absicht des Werksvorstandes, einen neuen Rahmensozialplan einzuführen, der erhebliche finanzielle Verschlechterungen sowie direkte Massenentlassungen über Abfindungen beinhaltet.

Am Freitag um 9 Uhr morgens legten auch bei Phoenix im Blechwalzwerk und auf der Blockbrammenstraße rund 200 Kollegen die Arbeit nieder und zogen zum Haupttor, wo sich der Verwaltungssitz befindet. Dort forderten sie vom Werksvorstand eine Erklärung zu den Gerüchten, daß die Grobblechstraße bereits 1986 stillgelegt werden soll und daß Investitionen in diese Anlage gestrichen worden seien.

Das Vorstandsmitglied Consemüller sah sich gezwungen, vor den streikenden Arbeitern zu erscheinen und Rede und Antwort zu stehen.

Kollegen aus anderen Abteilungen von Phoenix, zum Beispiel aus dem Stahlwerk und der Stahlgießerei, berichteten, daß die Belegschaften dort bereit waren, ebenfalls zu streiken. Sie warteten lediglich auf ein entsprechendes Signal von der Vertrauensleitung.

„Gewerkschaftliche Kampf-schritte einleiten“

Vor und nach dem Warnstreik auf Union verteilte die RGO ein Flugblatt an die Belegschaft der drei Hoesch-Hüttenwerke, in dem gefordert wird: „Hände weg von P 3! Keine Entlassungen! Erhalt der Arbeitsplätze auf der Hütte und in Dortmund! Weg mit dem neuen Sozialplanentwurf! Bau des Stahlwerks jetzt!“

Weiter heißt es in dem Flugblatt: „Wir meinen: Für jeden ehrlichen Gewerkschafter und Betriebsrat kann es nur eins geben: Nein sagen und gewerkschaftliche Kampf-schritte einleiten!“

Den Betriebsratsspitzen sei gesagt: Wir wollen keinen Sozialplan. Wir haben schon einen, durch den schon genug Arbeitsplätze abgebaut werden

sollen. Entsprechend der Resolution der Großen Funktionärskonferenz müssen endlich Kampf-schritte eingeleitet werden. Diese Resolution darf nicht nur Papier bleiben!“

Die Große Funktionärskonferenz der IG Metall hatte am 29. Januar getagt und eine Resolution verabschiedet, in der erneut der „sofortige Neubau des Stahlwerkes“ gefordert wird. In dieser Resolution heißt es außerdem:

„Ein Beschluß zur Verschiebung des Neubautermins muß zwangsläufig zur endgültigen Aufgabe der Stahlbasis in Dortmund führen. Die Große Funk-

tionärskonferenz unterstreicht ausdrücklich die auf der Großkundgebung am 28. November 1980 in Dortmund gemachten Ausführungen zur Sozialverpflichtung des Eigentums! Wenn die herrschende Wirtschaftsordnung nicht mehr in der Lage ist, die Probleme der Zeit zu lösen, müssen andere Eigentumsformen in die Diskussion einbezogen werden. Die Dortmunder Arbeitnehmerschaft wird um ihre Arbeitsplätze kämpfen.“

Diese Resolution wird auch von der Bürgerinitiative „Dortmund darf nicht sterben“ im Rahmen einer Erklärung dieser Bürger-

initiative in der Dortmunder Bevölkerung verbreitet. In der Erklärung heißt es im Zusammenhang mit der IGM-Resolution:

Den Worten müssen Taten folgen!

„Diesen Worten müssen Taten folgen! Seit der machtvollen Kundgebung vom 28.11.1980 sind zu wenig praktische Schritte in die Wege geleitet worden, um den Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze in Dortmund zu organisieren. Wo es aber um das Schicksal von letztendlich 200 000 Menschen geht, da dürfen Streik und Betriebsbesetzung als Kampfmittel nicht ausgeschlossen werden.“

Wir sind der Ansicht, daß der Bevollmächtigte der IG Metall und der Kreisvorsitzende des DGB als erstes ihre Aufgabe darin sehen müssen, die gewaltige Kraft der IG Metall und der anderen DGB-Gewerkschaften



Gegen die geplante Stilllegung der Feineisenstraße (P 3) protestierten am Montag vergangener Woche 150 Stahlarbeiter bei Hoesch-Union mit einem Warnstreik. RGO-Betriebsrat Hartmut Siemon unterstützt die Forderung der Kollegen (vierter von links in der Reihe der sitzenden Kollegen).



Demonstration in Bremerhaven

5 000 Werftarbeiter gingen auf die Straße.

Am 5. Februar demonstrierten in Bremerhaven rund 5 000 Werftarbeiter gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. 1975 gab es auf den sechs Bremerhavener Werften noch 9 300 Beschäftigte. Jetzt sind es nur noch 6 000. Aber auch diese Arbeitsplätze sind bedroht durch die Krise im Schiffsbau, die die Großbanken und Konzerne rücksichtslos auf dem Rücken der Werktätigen austragen wollen. In Bremerhaven ist die werktätige Bevölkerung weitgehend von der Werftindustrie abhängig. Die drohende Stilllegung der Werften hätte für die Stadt — ähnlich wie der Verlust der Stahlbasis für Dortmund — katastrophale Auswirkungen. Die IG-Metall-Bonzen stellen als „Ausweg“ neben der Forderung nach Subventionen die Forderung nach einer Fusion der Rickmers-Werft mit der Schiffbaugesellschaft Unterweser AG in den Vordergrund. Aber eine Fusion wäre mit der Vernichtung vieler Arbeitsplätze verbunden. Notwendig sind konsequente gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen mit der klaren Forderung: Alle Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben!

Lohnrunde '81

Gewerkschaftsbasis will Reallohnabbau verhindern

Bei Metall und Stahl, wo die Lohnverhandlungen bereits laufen, haben die Kollegen in den Betrieben und an der gewerkschaftlichen Basis mit vielfältigen Initiativen ihren Druck auf die Gewerkschaftsführung verstärkt, um einen Tarifabschluß zu verhindern, der nicht einmal die steigenden Lebenshaltungskosten ausgleicht. Auch in den anderen DGB-Gewerkschaften wächst der Widerstand gegen den Kurs der Kapitulation vor den Lohnverzichtsfor-

ÖTV

In der ÖTV-Gewerkschaft hat die „Forderungsempfehlung“ von Kluncker und Co., die 7 Prozent lautet, breite Empörung ausgelöst. Kluncker reist zur Zeit durch die Länder, um die Basis auf diese Forderungen einzuschwören. Aber auf verschiedenen Funktionärssammlungen zeigte sich, daß er damit nicht landen kann.

Bereits im letzten „Roten Morgen“ veröffentlichten wir eine Reihe von Forderungen aus der ÖTV-Basis, meist Festgeld- oder Mischforderungen, die sich oft über der 200-Mark-Grenze bewegen. Hier noch einige weitere bei uns inzwischen eingegangenen Forderungen:

Rund 400 ÖTV-Funktionäre aus dem Kreis Wuppertal kritisieren den ÖTV-Vorsitzenden Kluncker, der anwesend war, wegen der 7-Prozent-Empfehlung heftig. Die Konferenz einigte sich dann auf folgende Forderung: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8 Prozent, mindestens jedoch 150 und höchstens 250 Mark.

Auf einer Konferenz der ÖTV-Kreisorganisation Marburg wurde Kluncker ebenfalls angegriffen. Vor 850 anwesenden Gewerkschaftern forderten mehrere Redner 200 Mark Festgeld und erhielten starken Beifall.

Die Mitgliederversammlung der ÖTV in der Fachklinik Landgraf Friedrich in Friedrichsdorf (Taunus) einigten sich auf eine Festgeldforderung von 210 Mark. In einer Resolution stellen die Kollegen fest: „Darüber hinaus weisen wir die Empfehlung, eine reine Prozentforderung aufzustellen, entschieden zurück! Es ist Aufgabe der Gewerkschaft, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, und es hat uns sehr gewundert, daß im ÖTV-Aktuell Nr. 6/80 viel über die Prognosen der arbeitgeberorientierten Wirtschaftsinstitute steht, statt genauere Angaben über die steigende Kostenbelastung der Beschäftigten und ihrer Familien zu geben. Die gleiche Tendenz.“

steigenden Belastungen und damit die permanente Verschlechterung der Lebensbedingungen kaum zu erwähnen, finden wir auch in den tarifpolitischen Äußerungen des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker und des Bezirksvorsitzenden Wolf.“

IG Bau, Steine, Erden

Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Braunschweig der IG Druck und Papier forderte die Tarifkommission auf, eine Lohnforderung von 12,5 Prozent, mindestens jedoch 250 Mark, aufzustellen und durchzusetzen. Die unteren Lohngruppen sollen wegfallen.

Der außerordentliche Bezirkstag der IG Druck und Papier Stuttgart stellte folgende Forderung auf: 250 Mark für alle; Wegfall der Lohngruppe 1; Anbindung der Ausbildungsvergütung an den Facharbeiterlohn (50 Prozent); Wegfall der Altersstaffelung für Hilfsarbeiter. Zugleich rief der Bezirkstag die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben auf, mit Unterschriftensammlungen, Resolutionen u.ä. an die Tarifkommission ihre Unterstützung für diese Forderungen und ihre Kampfbereitschaft zum Ausdruck zu bringen.

IG Druck und Papier

Im Baugewerbe hat die Führung der IG Bau, Steine, Erden eine schmutzige Taktik eingeschlagen. Ohne irgendeine Forderung ging man in die erste Verhandlung mit den Unternehmern. Die Kollegen sollen von Sperner und Co. also auf üble Weise verschaukelt werden. Die Bauunternehmer konnten es sich da natürlich leisten, bei der ersten Verhandlung provokativ kein Angebot vorzulegen!

Inzwischen aber rührt sich Widerstand an der Basis. So trat in Essen eine außerordentliche Funktionärskonferenz des Bezirksverbandes Essen der IG Bau zusammen und stellte eine Forderung nach der Erhöhung der Löhne und Gehälter um 9,8 Prozent auf.

Lohngruppe 2 muß endlich fallen!

An der Wasserkante wollen die Arbeiterinnen und Arbeiter jetzt gemeinsam die Abschaffung der Lohngruppe 2 („Frauenlohngruppe“) durchsetzen.

Haben die Unternehmer geglaubt, die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 2 bei der diesjährigen Tarifrunde sei nur ein „schmückendes Beiwerk“ zur „eigentlichen“ Lohnforderung der IG Metall? Jetzt sollten sie jedenfalls eines Besseren belehrt worden sein!

Als ihr skandalöses Auftreten zu dieser Forderung bekannt wurde — sie hatten sich grundsätzlich geweigert, überhaupt zu verhandeln — da passierte etwas, was sie wahrscheinlich nicht erwartet hätten: Es kam zu einer ganzen Reihe von Warnstreiks und Protestversammlungen.

In Flensburg, Kiel, Rendsburg, Neumünster und Lübeck legten 2000 bis 3000 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit nieder. Auf Protestversamm-

lungen hieß es immer wieder: „Wenn sie darüber nicht verhandeln wollen, dann werden wir sie dazu zwingen!“ Das war am Donnerstag vorletzter Woche. Und diese Ankündigung war kein leeres Stroh.

Das zeigte sich ein Woche später am vergangenen Donnerstag. Wieder war die Weigerung des Unternehmensverbandes, über die Abschaffung der Lohngruppe 2 überhaupt zu verhandeln, ein wesentlicher Anlaß für Protestaktionen in den Betrieben. Diesmal aber waren es nicht mehr Dreitausend sondern Dreißigtausend.

Es wird höchste Zeit, daß mit der diskriminierenden Lohngruppe 2 endlich Schluß gemacht wird! Diese Forderung gibt es in den Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten. Daß

nach wie vor die Frauen hierzulande immer noch 30 Prozent weniger Lohn und Gehalt für ihre Arbeit bekommen, als ihre männlichen Kollegen, ist ein schändlicher Ausdruck der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus, ein Bestandteil der Diskriminierung der Frauen.

In einem Flugblatt der RGO in Kiel zur Metalltarifrunde, das vor einer Woche an den Metallbetriebe Kiels verteilt wurde, heißt es: „Eine wichtige Forderung, die seit Jahren von Gewerkschaftern erhoben wird, ist die endgültige Abschaffung der Leichtlohngruppen. Es ist ein Skandal, daß immer noch Frauen in den Betrieben wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Wir alle müssen als IG-Metaller diese Frage zu unserer Sache machen, egal ob Mann oder Frau, ob Facharbeiter oder Ungelernter.“

„MEK“ im Einsatz

Erschossen bei „Terroristenfahndung“

Bewährung für den Todesschützen

Für die Erschießung des 43jährigen Manfred Perder im Zuge einer „Terroristenfahndung“ verurteilte ein Gericht in Neuss den MEK-Mann Peter Hugo Umlauf zu nur sieben Monaten Freiheitsstrafe, die auch noch zur „Bewährung“ ausgesetzt wurde.

Als Manfred Perder und seine zwei Begleiter am 3. April vergangenen Jahres in eine Polizeikontrolle gerieten, hielten sie das für eine normale Alkoholkontrolle. Ein tödlicher Irrtum. Die Polizisten gehörten zu einem „Mobilen Einsatzkommando“ und befanden sich in einer Bürgerkriegsübung, die wie üblich als Terroristenfahndung ausgegeben wurde.

Einer der Beamten gab den Männern in ihrem VW-Bully mit der Kelle ein Zeichen. Sie verstanden es so, daß sie in die seitwärts der Straße aufgebaute Kontrollstelle hineinfahren sollten. Was dann passierte, schilderte einer der Beifahrer vor Gericht so:

„Wir fuhren langsam an dem Mann mit der Kelle vorbei, als der plötzlich mit der Kelle gegen einen Fensterholmen unseres Wagens schlug. Wir hielten den

Wagen an, und da kam aus einer Entfernung von fünf oder sechs Metern der Polizeibeamte Umlauf auf uns zu, bis dicht vor die Windschutzscheibe, riß die Maschinenpistole hoch und gab ei-



Der Todesschütze von Neuss

nen Schuß ab, der Manfred, der am Steuer saß, ins Gesicht traf.“

Umlauf behauptete, wie das

in solchen Fällen üblich ist, er hätte sich von dem „auf ihn zukommenden Wagen“ bedroht gefühlt. Ein anderer Polizist hatte noch den umsichtigen Einfall, vor Abtransport des Bullys nach der Tat die Reste der zerschossenen Windschutzscheibe zu entfernen, damit man aus dem Durchschußloch keine Schlüsse mehr auf den Schußwinkel ziehen könnte. Das Gericht hielt Umlauf zugute, er habe nicht vorsätzlich gehandelt und sich auch in einer „besonderen Streßsituation“ befunden. Und schließlich könne man nicht einen einzelnen exemplarisch für Fehler der Polizei büßen lassen — solche „Pannen“ seien praktisch unvermeidlich, wenn Tausende von schlecht vorbereiteten Polizisten aus Terroristenfurcht mit entschlossener Maschinenpistole bei Verkehrskontrollen herumlaufen! An die Verfolgung der dafür Verantwortlichen ist natürlich sowieso nicht gedacht...

„Fahrlässige Tötung“ befand das Gericht. Und wer die Erschießung Manfred Perdors

„Mord“ nennen würde, käme in diesem Staat eher ins Gefängnis, als daß ein staatlich ausgebildeter Todesschütze seiner gerechten Strafe zugeführt wird.

Rechtsstaatlichkeit

Am Tage, als das empörende Urteil von sieben Monaten mit Bewährung im Verfahren gegen den Todesschützen von Neuss in der Presse bekanntgegeben wurde, fanden wir in der „Frankfurter Rundschau“ die folgende Meldung:

Schwarzfahrer bestraft

sp. HANNOVER, 9. Februar. Zu sieben Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilte das Amtsgericht Hannover einen 37 Jahre alten Arbeiter, weil er ohne Fahrschein mit der Straßenbahn gefahren war. Gegenüber der FR erklärte der Sprecher des Amtsgerichts das Strafmaß damit, daß der Angeklagte vorbestraft gewesen sei und sich die damalige dreimonatige Haft nicht zur Warnung habe dienen lassen. In einem solchen Fall müsse der Richter eine mindestens sechsmonatige Haftstrafe verhängen.

Keine Jugendpolizei in NRW

Erfolg des Kampfes der Jugendlichen

DÜSSELDORF. — Der vom ehemaligen NRW-Innenminister Hirsch stammende Erlaß über „Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“ soll zurückgezogen werden. Gegen die hier vorgesehene „Jugendpolizei“, die vorrangig in Jugendzentren und anderen Begegnungsstätten Jugendlicher Spitzeldienste leisten sollte, und die Einrichtung besonderer „Jugendkommissariate“ hatte es heftige Proteste gegeben.

„Jugendpolizisten“ hatten überall, wo sie entdeckt wurden, eine deutliche und manchmal auch körperlich spürbare Abfuhr erlebt. Der Widerstand der Jugendlichen in NRW gegen die Polizei war gewachsen.

Der neue Innenminister Schnoor sah sich gezwungen, von „Mißverständnissen“ zu sprechen. Der SPD-Minister will einen neuen Erlaß vorlegen, der diese „Mißverständnisse“ ausräumt. Eine Beobachtung von Jugendzentren und eine Verpflichtung von Jugendbehörden zur grundsätzlichen Meldung von Straftaten und von damit zusammenhängen-

den Beobachtungen an die Polizei soll darin nicht mehr enthalten sein.

Dennoch hält Schnoor eine „Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Behörden“ im Sinne der „Bekämpfung der Jugendkriminalität“ für „dringend erforderlich“. Und die Ereignisse in Berlin und anderen Städten machen deutlich, was die Staatsbehörden unter Jugend-„Kriminalität“ verstehen und wie sie sie zu bekämpfen gedenken. An den Ursachen, die zu den gerechtfertigten Protesten der Jugend führen, soll nichts geändert werden, der Protest aber steht unter Strafe.



Demonstration gegen Jugendpolizei 1979 in Essen

Es geht bei der „Kriminalitätsbekämpfung“ ja keineswegs allein oder auch nur hauptsächlich etwa um die Eindämmung des Drogenhandels.

Es ist wichtig, das nicht aus den Augen zu verlieren. Die Ju-

gendpolizei wird nicht wie geplant eingeführt — das ist ein Erfolg der aktiven Gegenwehr. Auch in Zukunft müssen die Jugendlichen gegen die Angriffe des Staates fest zusammenstehen!

Offener Verfassungsbruch

Abgeordnete ausgeschlossen — „Sicherheitsrisiko“

Grüne und DKP dürfen nicht in Zivilverteidigungsausschüsse

MÜNSTER/GLADBECK. — Berufsverbote sind nicht das einzige Mittel, das der Staat anwendet, wenn es um die Entfernung politisch unliebsamer Personen aus öffentlichen Ämtern geht. Dabei soll es den Betroffenen auch nichts nutzen, wenn sie in diese Ämter nach geltendem Recht gewählt worden sind: In Münster und Gladbeck wurden Abgeordnete der Grünen und der DKP daran gehindert, ihre Posten in den städtischen Ausschüssen für zivile Verteidigung einzunehmen. Begründung: Sie stellten ein „Sicherheitsrisiko“ dar.

Franz Josef Lummersdorf, 27-jähriger Student und Mitglied der Grünen/Alternativen Liste, wurde von der GAL Münster als stellvertretendes beratendes Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung nominiert. Nach einer Entscheidung des Regierungspräsidenten in Münster darf er ihm nicht angehören, weil über ihn u.a. „Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzes vorlägen! Die Mitglieder des Ausschusses werden regelmäßig vom VS überprüft, weil sie „Verschlußsachen“ behandeln.

In Gladbeck wurde der 1979 gebildete Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung der Stadt auf Beschluß des Oberkreisdirektors, der „in Abstimmung mit dem Regierungspräsidenten“ in Münster gefaßt wurde, aufgelöst und seine Neubildung angeordnet. Der in den Ausschuß gewählten Abgeordneten der DKP-Fraktion, Erika Köhn und Fritz Münster, soll die Wahrnehmung ihres Mandats nicht mehr erlaubt werden. „Herr Münster, Eifel und Frau Köhn wie überhaupt DKP-Mitglieder dürfen dem

Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung nicht angehören“, erklärte der Oberstadtdirektor. Die Stimmen „für die nicht wählbaren“ DKPler seien bei der Neubildung „als ungültig zu behandeln“!

Das ist offener Verfassungsbruch. Und damit werden die Stimmen von fast neun Prozent der Gladbecker Wähler im nachhinein für ungültig erklärt. — Inzwischen fielen diese zwei Sitze an die CDU.

Demokratische, freie Wahlen — offensichtlich eine Illusion, wenn es hart auf hart geht. Die Motive in diesen konkreten Fällen liegen auf der Hand: Im Rahmen der Aufrüstung, der Besetzung unseres Landes mit Atomraketen usw. will man im „Militärischen Sicherheitsbereich“ auch in den Parlamenten keine Opposition

haben, von der man befürchten muß, daß sie sich um die wirklichen Sicherheitsinteressen der Bevölkerung kümmert. Denn das größte Sicherheitsrisiko für unser Volk, das ist die wahnwitzige Rüstungs- und Bündnispolitik der Bonner Regierung!

Hafturlaub überzogen — Todesschuß

DÜSSELDORF. — Ein weiteres Beispiel für die mörderische Schießwutigkeit der westdeutschen Polizei lieferte am 21.1.81 ein Beamter der Düsseldorfer Kripo. Er erschoss einen Strafgefangenen, der nach einem Hafturlaub nicht rechtzeitig in die Anstalt zurückgekehrt war, aus zwei Metern Entfernung.

Der Erschossene ist der 32jährige Wilfried Köhler. Er saß wegen Diebstahls in der Haftanstalt Herzebrock bei Bielefeld. Zu Weihnachten hatte er Hafturlaub erhalten, um das Fest mit seiner Frau feiern zu können, die an multipler Sklerose erkrankt ist. Nach den Feiertagen

Ratio geben sich die Politiker angesichts des entschlossenen Kampfes der Bevölkerung und besonders der Jugend gegen die Wohnungsnot, gegen die verbrecherische Spekulation mit Häusern, gegen die Vernichtung von Wohnraum im Angesicht wachsender Wohnungsnot. Womit kann man das nur erklären? Warum sind die Jugendlichen nur so gewalttätig? Was kann man dagegen tun?

Seine eigenen Vorstellungen entwickelte in den letzten Tagen der oberste Ankläger der Bundesrepublik, Generalbundesanwalt Rebmann. Er will, wie auch die CDU, das Demonstrationsrecht verschärfen, will den Menschen verbieten, ihre Empörung über die asozialen Maßnahmen des Staates öffentlich zu bekunden. Aber Rebmann, erfahrener „Terroristenjäger“ hat sich noch etwas besonderes ausgedacht. Er will „gewalttätige Demonstranten“ nach § 129 des StGB verfolgen — als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung!

„Terroristen der dritten Generation“?

Damit könnten die Richter höhere Strafen verhängen als bisher — d.h. die Betroffenen auf Jahre hinter Gitter bringen —, und statt der örtlichen Polizei und Staatsanwaltschaft wären Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt für diese Fälle zuständig. Und es hätte für die staatlichen Überwachungsstellen noch einen weiteren Vorteil: Wenn mehr Menschen als Angehörige einer kriminellen Vereinigung gesucht werden, müßte man wieder die „beobachtende Fahndung“ (Befa 9) einführen und damit Personen, die an einer als gewalttätig bezeichneten Demonstration teilnehmen, ohne selbst in irgendwelche Auseinandersetzungen verwickelt zu sein, in den BKA-Computern erfassen. Rebmann schwebt also ein noch weitergehender Ausbau der zentralen Datenerfassung über jeden mißliebigen Bundesbürger vor „1984“ rückt näher!

Und Rebmann steht nicht allein.

Am 9. Februar konnte man im WDR III im Rahmen eines Berichts über das Urteil gegen Kröcher und Adomeit folgende Meinung bundesdeutscher „Terroristenfahnder“ hören: Die Tatsache, daß man heutzutage von Terroristen nur noch im Zusammenhang mit Verurteilungen höre, dürfe nicht zu der Auffassung verleiten, der Terrorismus stelle keine Bedrohung mehr dar. Vielmehr gäbe es Anzeichen für das Heranwachsen von „Terroristen der dritten Generation“...

Und wo die zu finden sind, daß hat uns Rebmann ja gezeigt. Und die von ihm vorgetragene Verleumdung der Jugend, die für ihre Rechte kämpft, scheint sich bereits in den Medien Bahn zu brechen. Ein Reporter in der ZDF-Nachrichtensendung „heute“, ebenfalls am 9.2., brachte es jedenfalls fertig, über eine in Berlin angeklagte Demonstrantin aus Österreich, die vor Gericht eine politische Stellungnahme abgab, sinngemäß folgendermaßen zu berichten: „Ihre Sprache ist schon dieselbe wie die ihrer Geschlechtsgenossinnen von der Bewegung 2. Juni im benachbarten Frauengefängnis (...) ist auch sie bereits auf dem Wege des Abstiegs ins terroristische Abseits?“

Das ist die Drohung hoher und höchster Beamter der Polizei und Justiz in Westdeutschland an die Jugend unseres Landes.

Die nicht vorhandene Bedrohung der Bevölkerung durch solche vorgeblichen Terroristen liefert den Vorwand zu massenhafter Bespitzelung und Bürgerkriegsübungen.

Und wieder werden unschuldige Menschen das Opfer staatlicher „Terroristenfahndungen“. Manfred Perder, über dessen Tod wir in diesem RM berichten, wurde bei einer solchen Fahndung getötet — in seinem stehenden Wagen von einem Mitglied des „Mobilen Einsatzkommandos“ (MEK, im Volksmund seit langem: Mord-Einsatz-Kommando) mit der Maschinenpistole ins Gesicht geschossen. Und während in Berlin heute bereits jugendliche Demonstranten im Gefängnis verschwinden — die Rebmannschen „Terroristen“ — versieht der Todesschütze weiter seinen Dienst. Ein deutsches Gericht gab ihm „Bewährung“.

All das gehört zur Kampfansage des kapitalistischen Staates an die Menschen, denen er kein menschenwürdiges Leben sichern, an die Jugend, der er keinen lebenswerten Zukunft bieten kann. Wir tun gut daran, diese Kampfansage ernst zu nehmen. In den Kämpfen der kommenden Zeit, die gegen die Frontalangriffe auf unsere Lebenslage und den Frieden in unserem Land notwendig sind, haben wir auch immer den Gewaltapparat des Staates gegen uns. Richten wir unser Handeln darauf ein!

Dietrich Lohse

nem Brotmesser zu erstechen. Dann floh er völlig verzweifelt aus seiner Wohnung. Im Hof wurde er erschossen.

Während der Todesschütze keine Angaben machte, berichtete der andere Polizist, sein Kollege haben die Neun-Millimeter-Pistole beidhändig vor der Brust gehalten und den auf ihn zulaufenden Mann erschossen, als er noch zwei Meter von ihm entfernt war!

Von einem Haftbefehl gegen den Schützen wurde nichts bekannt.

Ein Feindbild wird aufpoliert

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Liebe Genossen! Es ist richtig, wenn ihr im „Roten Morgen“ klarstellt, daß die ARD-Serie „Flucht und Vertreibung“ ein Gegenstück zum Film „Holocaust“, der leider nur die Verfolgung der Juden behandelt, darstellen soll. Ich sehe das auch so. Was durch „Holocaust“ in den Köpfen der jungen Menschen hängenblieb und ältere wieder wachrüttelte, soll durch die jetzt gezeigte Sendung wieder zunichte gemacht werden. Das Wesentliche an dieser Sendung scheint mir jedoch zu sein, daß — im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus — ein neues, nämlich das alte Feindbild vom „jüdisch bolschewistischen Untermenschen“ wieder aufgebaut werden soll, wobei man das „jüdisch“ aus Zweckmäßigkeitsgründen fortläßt.

Ich selbst habe als 10jähriges Kind den Einmarsch der Roten Armee erlebt und möchte anhand meiner Erlebnisse einmal versuchen, über die Geschehnisse von damals, die Stimmung unter der deutschen Bevölkerung zu berichten.

Wir Großstadtkinder — ich stamme aus Berlin — waren damals schon über unser Alter hinaus erwachsen. Geboren in der Nazi-Zeit, aufgewachsen im Hunger und den ständigen Bombenangriffen gab es für uns keine sorglose Kindheit. Ich schreibe das, weil sich mir gerade deshalb die Erlebnisse besonders tief einprägten. Nie werde ich den Tag vergessen, an dem ich zum ersten Male russische Soldaten sah, nie die Todesangst, die ich hatte, weil ich glaubte, jetzt würden sie uns alle über den Haufen schießen, uns umbringen: meine Geschwister, meine Mutter, meinen Vater, mich und die Nachbarn, die mit uns waren.

Verhetzt und belogen

Obwohl meine Eltern keine Nazis waren, sondern durch eine schwere Kriegsverletzung meines Vaters eher pazifistisch dachten, glaubten doch auch sie an die Greuelthaten, die über die Rote Armee verbreitet wurden. Man darf das ungeheure Trommelfeuer der Nazi-Propaganda, das täglich auf die Menschen einwirkte, das mit Handzetteln und Plakaten zu Versammlungen aufrief mit Überschriften wie „Weltjudentum und Bolschewismus sind unser Unglück“, nicht vergessen. Von den russischen Menschen wurde in der Schule von den meisten Lehrern nur als von „bolschewistischen Untermenschen“ gesprochen. Der Begriff Untermensch, den die Nazis für die jüdischen Mitbürger erfanden, wurde später in der Haßpropaganda auch auf die russischen Menschen verwandt. Es sei hier kurz einmal der Begriff Untermensch zitiert, wie er im SS-Hauptamt formuliert wurde:

„Der Untermensch“

„... So wie die Nacht aufsteht gegen den Tag, wie sich Licht und Schatten ewig feind sind — so ist der größte Feind des erdebeherrschenden Menschen der Mensch selbst.“

Der Untermensch — jene biologisch scheinbar völlig gleichgeartete Naturschöpfung mit Händen, Füßen und einer Art von Gehirn, mit Augen und Mund, ist doch eine ganz andere, furchtbare Kreatur, ist nur ein Wurf von Menschen hin, mit menschenähnlichen Gesichtszügen — geistig, seelisch jedoch tieferstehend als jedes Tier.

Im Innern dieses Menschen ein grausames Chaos wilder, hemmungsloser Leidenschaften: namenloser Zerstörungswille, primitivste Begierde, un-

verhüllteste Gemeinheit. Untermensch — sonst nichts! Denn es ist nicht alles gleich, was Menschenantlitz trägt — Wehe dem, der das vergißt!

Was diese Erde an großen Werken, Gedanken und Künsten besitzt — der Mensch hat es erdacht, geschaffen und vollendet, er sann und erfand, für ihn gab es nur ein Ziel: sich hinaufzuarbeiten in ein höheres Dasein, das Unzulängliche zu gestalten, das Unzureichende durch Besseres zu ersetzen.

Aber auch der Untermensch lebte. Er haßte das Werk des anderen. Er wütete dagegen, heimlich als Dieb, öffentlich als Lasterer — als Mörder. Er gesellte sich zu seinesgleichen. Die Bestie rief der Bestie. Nie wahrte der Untermensch Frieden, nie gab er Ruhe. Denn er brauchte das Halbdunkel, das Chaos. Er scheute das Licht des kulturellen Fortschritts. Er brauchte zur Selbsterhaltung den Sumpf, die Hölle, nicht aber die Sonne.“

Wie unter den Soldaten an der Front, so wurden auch unter der Zivilbevölkerung die grauenhaftesten Schauererzählungen über die „russischen Untermenschen“ verbreitet. Ich erinnere mich hier an eine Story dieser Art: In unserer Nachbarschaft in Berlin-Köpenik wohnte ein Futtermittel- und Pferdehändler.



Nach der Befreiung Deutschlands führt die Rote Armee ehemalige Hitler-Soldaten zu den Stätten der faschistischen Verbrechen.

ler. Pferde konnte er im Krieg nicht mehr handeln, sein großer Pferdehof aber war ihm geblieben, auf dem er ein paar Ziegen züchtete. In den Pferdeställen waren sowjetische Kriegsgefangene untergebracht, die er, wo er nur konnte, schikanierte.

Eines Tages war dieser Pferdehändler verschwunden und mehrere Wochen hielt sich das irre Gerücht, in der Nacht sei ein Flugzeug der Bolschewiken auf seinem Pferdehof gelandet und habe ihn mitgenommen. Vorher habe man ihm noch die Arme und Beine abgehakt, um ihn so den deutschen Frontsoldaten zur Abschreckung vorzuführen.

Ein paar Wochen später tauchte er wieder auf, und es stellte sich heraus, daß er wegen Sodomie abgeholt worden war.

Doch zurück zum Einmarsch der Roten Armee. Mit solchen und ähnlichen Schauererzählungen im Gepäck wurden wir im Winter 1943/1944 aus Berlin evakuiert. Wir kamen nach Vorpommern in das Dorf Sarow Kreis Demmin. Es war ein sehr kleines Dorf, mit einem Gutshaus, dem sogenannten Schloß, den Gutsherren und mehreren Tagelöhnerfamilien. In einem Teil des Kornspeichers hatte man Kriegsgefangene untergebracht, umgeben von einem hohen Drahtzaun, bewacht von hitlertreuen Soldaten, die für die Front nicht mehr tauglich waren. Hauptsächlich waren es sowjetische Kriegsgefangene, die dort untergebracht waren.

Greuelthaten der Nazis

In der Mitte des Dorfes gab es auch noch eine sogenannte „Schnitterkaserne“ voller polnischer Staatsangehöriger. Frauen, Männer, Kinder. Diese polnischen Menschen, die schon vor Kriegsausbruch als Fremdarbeiter in Deutschland gearbei-

gehen erhielten, wurden nicht gleich mit Essensentzug und Einzelhaft geahndet. Die russischen Kriegsgefangenen hingegen hatten ein schweres Leben. Viele von ihnen waren oft im sogenannten Spritzenhaus (dem Feuerwehrhaus) eingesperrt, tagelang, ohne Wasser, ohne Essen. Sahen sie uns Kinder, so baten sie uns um Wasser und Essen. Auf Blechdeckeln und Scherben reichten wir ihnen manchmal Wasser aus Regentöpfen oder aus dem in der Nähe gelegenen Dorfteich durch die Gitterstäbe. Brot wagten wir



Soldaten der Roten Armee feiern den Sieg über den Faschismus unter dem Brandenburger Tor in Berlin.

ihnen nicht zu geben, weil wir selbst hungerten und auch so erzogen waren, in diesen Gefangenen nicht unseresgleichen zu sehen.

Die meisten Gefangenen mußten unter Bewachung das Feld bestellen. Einzelne bekamen hier und da andere Aufgaben — beispielsweise die Milch in die Molkerei zu fahren oder in der Stellmacherei zu arbeiten. Natürlich immer unter Bewachung. Ihr Hunger war groß. War eine Katze im Dorf verschwunden, so wurde stets die armselige Behausung der Gefangenen auf dem Kornspeicher durchsucht. Manchmal baten sie uns Kinder, zum Friedhof zu gehen und ihnen die großen Schnecken, die hinter alten Grabsteinen zu finden waren, zu holen. Das macht uns Spaß und wir rannten und fingen für sie Schnecken und Frösche und warfen sie ihnen durch den Drahtzaun.

Die Gefangenen wurden bei den kleinsten Vergehen, oder kamen sie abends nicht in Reih und Glied von der Arbeit, wie die Wachmannschaften es wünschten, geschlagen. Und nicht selten wurden sie vom Gutsverwalter und anderem Gutspersonal angespuckt. Bei Fluchtversuchen bekamen die Gefangenen tagelang nichts zu essen, und war der Geflohene wieder ins Dorf zurückgebracht worden, wurde er bis zum Abtransport durch gesonderte Kommandos, die dann aus der Kreisstadt kamen, ins Spritzenhaus eingesperrt. Ich habe gesehen, wie ein Wachsoldat, der draußen vor dem Spritzenhaus Wache hielt, und den ein Gefangener um Essen bat, ihm Pferdekot durch das Gitterfenster warf. Verhungerte junge Russen liegen dort auf dem Friedhof begraben.

Je näher die Front rückte, desto unruhiger wurden die Bewohner, desto größer die Angst vor der Roten Armee. Die zurückgehenden deutschen Soldaten, die durchziehenden

Flüchtlingstrecks taten noch das ihrige dazu. Die Männer, die noch in diesem Dorf waren, berieselten, was zu machen sei. Der Gutsherr war schon über alle Berge, die Gefangenen waren 8 Tage vor dem Einmarsch abtransportiert worden. Einige Dorfbewohner schlossen sich den Flüchtlingstrecks an. Es wurde beschlossen, daß die alten und die schwangeren Frauen in den Schloßkeller ziehen und dort zusammenbleiben sollten. Auch die alten Männer sollten im Dorf bleiben und alle anderen Bewohner, in einzelne

und den alten Männern zu sehen.

Das Schießen und Grollen der Panzer kam näher. Nach drei Tagen hörte der Geschützdonner auf. Es wurde ruhig und man sah von weitem, daß sich am Dorfrand etwas tat. Mehr auch nicht. Am Nachmittag kamen drei russische Reiter über die Äcker geritten und suchten die Wiesen und das Land ab. Diese Patrouille kam dreimal am Tag. Die ersten beiden Male hatten sie uns nicht bemerkt. Bei der dritten Patrouille hörten sie das Schreien eines Säuglings, der mit in unserem Trupp war. Die drei Reiter beobachteten durch den Feldstecher unsere Erdlöcher, unternahmen aber nichts. Man schickte mich zum Bach, um Wasser zu holen, aber nichts geschah.

Am nächsten und übernächsten Tag wiederholte sich das Ganze. Offensichtlich amüsierten sich die Sowjetsoldaten, denn im Dorf standen die Häuser leer. Vielleicht kannten sie aber auch schon derartige Verschanzungen aus anderen Dörfern. Die Erwachsenen berieten erneut, was werden soll. Die Verpflegung ging zu Ende, ewig konnte man nicht in der Wiese bleiben. Es sollte ins Dorf zurückgegangen werden. Die mitgenommenen Gelder und Papiere in Köfferchen oder Taschen wurden in der Wiese vergraben. Die Frauen schwärzten sich die Gesichter und machten sich auf „alt“ zurecht. Die Decken und Federbetten wurden zurückgelassen, sie sollten später geholt werden. Die Ringe an den Fingern wurden abgezogen, denn es hieß, die Russen würden gar nicht erst so lange warten, bis der Ring vom Finger gezogen sei, sondern gleich den ganzen Finger abschneiden.

So zogen wir dann am 6. Tag wieder zurück ins Dorf. Es war Ende April, ein feiner kalter Regen fiel auf den schweren Lehmbooden, in dem wir immer wieder tief einsanken. Einige Frauen in unserem Trupp jammerten und weinten laut, der Säugling schrie — und diese ganze graue Stimmung vermischte sich mit der Angst, was mit uns geschehen würde.

Als wir näher an das Dorf kamen, sahen wir, daß dort Menschen in langen Reihen arbeiteten. Sofort sagten einige, die Russen hätten dort die Dorfbewohner zusammengetrieben und diese müßten jetzt ihr eigenes Grab schaufeln. Näher ranngelommen stellte sich her-

Fortsetzung auf Seite 9

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Ein Feindbild wird aufpoliert

Fortsetzung von Seite 8

aus, daß es alles Soldaten der Roten Armee waren, die dort Schützengräben aushoben oder verbesserten. An einer Strohmiete lagen tote Pferde, Hunde und Katzen, für die ebenfalls eine Grube gegraben wurde. Nichts taten uns die Soldaten der Roten Armee. Man ließ uns ohne weiteres passieren. Ein Soldat sagte zu uns in gebrochenem Deutsch, daß am Abend in der Schule eine Versammlung sei, und wir müßten alle zu dieser Versammlung kommen. Meine Mutter jammerte um ihre schönen neuen blauen Federbetten, die sie im Schützengraben der Soldaten entdeckt hatte.

So kamen wir wieder zurück in unsere Wohnung. Sie war verschlossen, wie wir sie verlassen hatten. Durch die Fenster sah man aber, daß dort die Rote Armee drin gewesen war. Jetzt traute sich keiner rein. Weil man annahm, daß die Rote Armee Kindern wohl doch nichts tun würde, wurden meine beiden Brüder vorgeschickt. In der Wohnung war niemand. Die Soldaten hatten sie durchsucht und wieder verschlossen. Den Inhalt einer Handtasche, Perlenketten und anderen Modeschmuck sowie den Inhalt aus einem Küchenfach, Löffel, und anderes lagen ausgekippt auf dem Küchentisch. Die Federbetten und Teppische hatte die Rote Armee in die Schützengräben mitgenommen, meine Mutter erhielt sie nach 14 Tagen zurück. Unsere Kinderfahrräder hatte die Rote Armee den gefangenen polnischen Kindern geschenkt.

Sowjetsoldaten als Aufbauhelfer

Am Abend kamen nur wenige zur Versammlung. Alles hielt sich in den Wohnungen versteckt. Der russische Kommandant war verärgert. Das Leben mußte wieder in Ordnung gebracht werden. Das Vieh mußte versorgt, Räume für die Flüchtlinge, die unentwegt einströmten, frei gemacht, Lebensmittel mußten beschafft, verteilt werden usw. Am Tag nach der Versammlung ging der Kommandant mit seinem Adjutanten und einem Dolmetscher von Tür zu Tür. Es wurde nach den Personen gefragt, nach Alter usw., sie erhielten alle Angaben und mußten sich dann und dann dort und dort melden. Meine Mutter mußte mit anderen Frauen für die Kommandantur kochen, meine Schwester mußte sich am Nachmittag im Kuhstall des Gutshofs melden. Am Abend, als sie und anderer junge Mädchen zurückkamen, hieß es, sie seien schikaniert worden, sie hätten den Kühen die Schwänze waschen und putzen müssen. Das war nicht ganz unrichtig. Nur war das keine Schikane, sondern eine durchaus richtige Maßnahme. Die Kühe waren tagelang nicht gesäubert, nicht frisch gestreut worden. Die Dorfbewohner, denen die Kühe ja auch nicht gehörten, kümmerten sich nicht sehr darum. Der Melker vom Gutsherrn und anderes Stallpersonal waren getürmt. Das Vieh blieb verdreckt zurück. Lediglich gemolken wurde es.

Jede notwendige Entscheidung der Roten Armee wurde als Schikane ausgelegt, jeder Diebstahl den russischen Soldaten in die Schuhe geschoben. Der Schäfermeister hatte sich mit seiner Frau und seiner erwachsenen Tochter im Schafstall erhängt, ebenso eine Flüchtlingsfrau mit ihrem 10-

jährigen Sohn. Man scheute nicht davor zurück, selbst diesen Freitod der Roten Armee als Mord anzulasten. In dem Schloßkeller, in dem sich die Alten und Schwangeren verborgen gehalten hatten, wurde in den Tagen des Einmarsches ein Kind geboren, der Junge war taub und stumm. Natürlich war auch daran nur wieder die Rote Armee schuld.

In Wirklichkeit war es so, daß gerade die Rote Armee es war, die versucht hat, schnell wieder normale Verhältnisse zu schaffen. Sie unterstützte und half dort, wo es eigentlich die Pflicht des Nachbarn gewesen wäre. Neben uns wohnte eine schwindsüchtige Kriegerwitwe mit 21 Kindern. Die Mutter war total ausgezehrt und nur noch bettlägerig. Auch mehrere der Kinder hatten Schwindsucht und waren nicht mehr heilbar. Die alte Großmutter starb in diesen Apriltagen und niemand kümmerte sich um die Beerdigung. Särge, Holzkisten o.ä. gab es nicht. Leute, die aus Holzlatten einen Sarg zusammenzimmerten, stellten sich nicht zur Verfügung. So war es die Rote Armee, die einen Sack besorgte, die Leiche einnähte und zum Friedhof schaffte.

Oder ein anderes Beispiel: Die Schwester meiner Mutter erlitt einen schweren Nervenfall, der sich zur völligen geistigen Umnachtung entwickelte. Sie riß sich die Kleider vom Leib, lief nackt und mit aufgelösten Haaren durch das Dorf, schlug Fenster und Türen ein und konnte nicht im Hause festgehalten werden. Gewalttätig griff sie auch Kinder und Erwachsene an. Allen Ernstes gingen Nachbarn zur Kommandantur und schlugen die Erschießung durch die Soldaten vor. (Ärzte und Medikamente gab es damals nicht). Der Kommandant lehnte ein solches Ansinnen empört ab. Unverzüglich schickte er zwei russische Sanitäter, die mit meiner Mutter zusammen nun viele Bettlaken zu einer Art Verband zusammennähten und damit wurde die Kranke im Bett festgebunden. Zur Essenseinnahme und Säuberung der Kranken kamen stets diese beiden Sanitäter, um beim Aus- und Einwickeln zu helfen. 14 Tage später hatte der Kommandant einen Militärarzt mit entsprechenden Medikamenten besorgt. Sie wurde wieder gesund und lebte noch bis zum Jahre 1978.

Wenige Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee kamen einige der vorher abtransportierten russischen Gefangenen wieder in das Dorf zurück. Ihre Peiniger, soweit sie nicht vorher getürmt waren, wurden verhaftet. Festgenommen wurde ein Aufseher der polnischen Gefangenen, der Lehrer und auch einige der Dorfbewohner, die Gefangene schikaniert hatten. Solange diese Leute noch nicht im festen Gewahrsam der Roten Armee waren, wurden sie von den empörten ehemaligen Gefangenen auch geschlagen. Es wurde der polnische Aufseher von den Polen verprügelt und dann der Roten Armee übergeben.

Kann man das aber angesichts der Quälereien, die diese Leute begangen hatten als „Übergriffe“ bezeichnen? Es kamen auch zwei ehemalige BDM-Führerinnen in in der Nähe gelegenes Lager. Meine Cousine war darunter, die aber nach einigen Tagen wieder ins Dorf zurückkam. Sie war eine der fanatischsten Hitler-Anhängerinnen gewesen, die auch vor Denunziationen nicht zurückschreckte. Mein Onkel, ihr Va-

ter, prahlte im Dorf über seinen Sohn: „Ich habe Hitlers Statur und mein Sohn trägt seine Frisur.“ Als sein Sohn noch in den letzten Kriegstagen fiel, war natürlich der Jammer groß und selbstverständlich wollte man später nichts mit alledem zu tun gehabt haben. Vorsichtshalber hatten sie alle ihre geliebten Hitler-Symbole vernichtet: die Hitler-Bilder, die Hakenkreuzfahnen, die Knöpfe an den Uniformjacken und die darauf aufgenähten Embleme. Auch nichts von den Unterlagen der Frauenschaft, deren Führerin meine Tante war, war noch vorhanden.

Das Leben im Dorf normalisierte sich, nachdem ganz Deutschland befreit war, rascher. Aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen kamen Menschen ins Dorf, die bereit waren, Aufgaben zu übernehmen und ein neues Deutschland aufzubauen, in den ersten Nachkriegsmonaten in enger Zusammenarbeit mit der Roten Armee.

So erlebte ich das Ende des Krieges in einem kleinen mecklenburgischen Dorf. Und man muß berücksichtigen, daß es hier den sowjetischen Kriegsgefangenen immer noch wesentlich besser ging, als in den großen Gefangenenlagern, wo Hunderttausende von ihnen buchstäblich verhungerten, starben. Um so widerlicher die ARD-Sendung „Flucht und Vertreibung“, die die Ursachen von sicherlich vorgekommenen Übergriffen einzelner Sowjetsoldaten verschweigt.

Die Hetze geht wieder los...

Wenn hier im Fernsehen die tote Mutter beweint wird, die man aus dem Gefangenenlager hinausträgt, oder wenn man die Toten beklagt, die durch Tiefflieger auf Flüchtlingstrecks erschossen wurden oder noch groß herausstellt, in der russischen Gefangenschaft hätte es nur Wassersuppen und ein Stück Brot bei schwerer Arbeit gegeben, so müßte man gerechterweise — soll diese Sendung nur die nackten Kriegserlebnisse zeigen — all die russischen Mütter vors Fernsehen bitten, deren Babys von SS-Banditen aufgespießt, zerfetzt oder ertränkt wurden. Hätte sich die Rote Armee auch nur annähernd für all die Grausamkeiten und Verbrechen, die von der Hitler-Armee, besonders der SS in der Sowjetunion begangen wurden, für die 20 Millionen Toten, die von den Deutschen angewandte Taktik der verbrannten Erde gerächt, in Deutschland wäre kein Stein auf dem anderen geblieben.

... wehren wir uns!

Und warum zeigt man nur die eine Seite? Warum bittet man nicht die deutschen Soldaten vors Fernsehen, die in französischer, britischer, amerikanischer Kriegsgefangenschaft waren, damit sie einmal ihre Erlebnisse schildern können, ganz zu schweigen von all denen, die den Bombenterror, die Feuerstürme in den von den Westalliierten zerbombten Städten erlebten, die nicht nur einmal, sondern gar zwei- oder dreimal ausgebombt wurden? Das paßt wohl nicht in die politische Landschaft, die Kriegsvorbereitungen gegen den Osten. Legen wir diesen Goebbelsfiguren das Handwerk, bevor sie zum dritten Mal die Welt in ein neues Blutbad hetzen!

Waltraud Aust

„Das kleine dicke Liederbuch“

Unter diesem Titel haben Heide Buhmann und Hanspeter Haeseler eine umfangreiche Sammlung von Volksliedern und Tänzen vorgelegt, die einen Zeitraum vom Mittelalter bis zum jüngsten Stahlarbeiterstreik umfaßt. Das Buch ist chronologisch nach den großen Abschnitten der deutschen Geschichte geordnet (Mittelalter, Absolutismus, bürgerliche Revolution von 1848 usw.) und innerhalb dieser Abschnitte nochmals nach Themenbereichen geordnet.

„Das kleine dicke Liederbuch“, zu beziehen nur über: Heide Buhmann Bessunger Str. 90 6100 Darmstadt

Volkes, wie man sie sich lebendiger nicht denken kann.

Durch alle Lieder zieht sich als roter Faden die beredete Klage über Leid und Elend der Unterdrückten, aber auch der kämpferische Haß gegen die Herrschenden. Und es ist wahrhaft spannend zu verfolgen, wie sich die revolutionären Stürme



Illustration aus dem „Kleinen dicken Liederbuch“

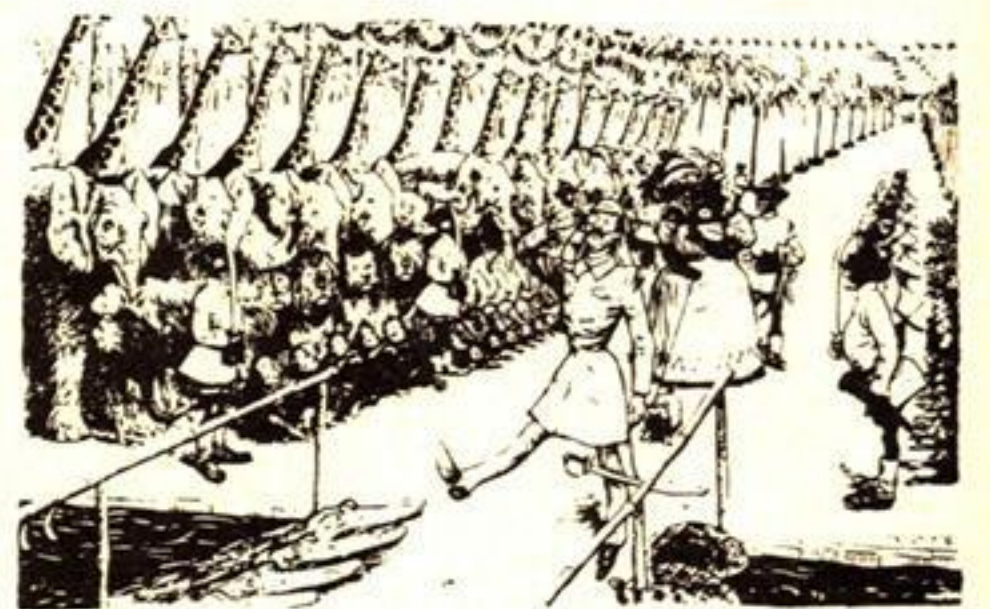
Die beinahe 500 Lieder, die hier zusammengetragen wurden, bilden einen schier unerschöpflichen Vorrat an Texten und Melodien, die in den Kämpfen der Vergangenheit und der Gegenwart entstanden sind. Zu den Vorzügen dieses Buches gehört es, daß Noten und Texte der Lieder in den allermeisten Fällen auf gegenüberliegenden Seiten stehen, so daß es kein lästiges Umblättern beim Singen gibt. Zudem ist für Gitarrespieler eine Ausklappseite mit Griffen und Transponiertafel beigelegt, die während des Spielens neben dem Buch liegen kann.

Ein anderer Vorzug besteht darin, daß das „Kleine dicke Liederbuch“ auch eine große Menge von Varianten bekannter Volkslieder bringt, sei es in der Form, daß an den ursprünglichen Texten aktuelle Strophen angehängt sind, oder daß dem Lied eine völlig neue Bedeutung gegeben wurde (Beispiel: „Mueders Stübele“ von Moßmann). Das regt dazu an, die hier veröffentlichten Lieder nicht nur in ihrer alten Form zu singen, sondern auch selbst solche Aktualisierungen zu versuchen.

Nun ist aber dieses Liederbuch nicht nur ein Gewinn für diejenigen, die Spaß am Singen oder Tanzen haben. Gerade der übersichtliche chronologische Aufbau macht es darüber hinaus zu einem Lesebuch, in dem man mit großem Vergnügen herumschmökern, das man aber durchaus auch auf einen Rutsch auslesen kann. Denn was hier vorliegt, ist eine poetische Beschreibung des Alltagslebens und der Kämpfe des deutschen

in den Volksliedern schon lange zuvor ankündigen. So wird etwa in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Ton gegenüber dem Adel zunehmend aggressiver; in den Liedern tauchen die Parolen der französischen Revolution auf und mehr als ein Jahrzehnt vor der 48er Revolution heißt es in einem Lied bereits: „Schon höret man im ganzen Land / des Aufruhrs dumpfes Gären“.

Erstaunlich ist, mit welcher Lust am Spott und Satire das Volk schon immer gegen die



Herrschenden angesungen hat. In früheren Jahrhunderten waren es vor allem die Geldgier, die Heuchelei und Geilheit der Pfaffen, die in unzähligen Liedern bloßgestellt wurden. In späteren Zeiten findet man dann die Verhöhnung des in der Novemberrevolution davongejagten Kaisers Wilhelm („Der Wilhelm und Sohn / die jehn jetzt als Clown / weil se nicht mehr verdienen uff'n Thron“) oder die Umdichtung der Nazi-Hym-

ne „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen“ in „Die Preise hoch, die Schnauze fest geschlossen.“

Das Vergnügen am Singen oder Lesen der in diesem Buch abgedruckten Lieder wird beträchtlich durch die wirklich hervorragende Editionsarbeit der Herausgeber erhöht. Jedes Lied ist in kurzen einführenden Texten in seinen jeweiligen gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt. Die Bildersprache der alten Lieder aus Mittelalter und Dreißigjährigem Krieg wird entschlüsselt (was ja für ein heutiges Verständnis oft notwendig ist); zudem werden ungebrauchliche Ausdrücke bei den älteren Liedern, Fachausdrücke, wie sie etwa in den Handwerker- und Arbeiterliedern vorkommen, aber auch Fremdwörter in Anmerkungen genau erklärt.

Angesichts solcher Sorgfalt ist es kaum noch notwendig zu erwähnen, daß auch den mundartlichen Liedern jeweils eine Übersetzung beigegeben ist. Überdies haben die Herausgeber, die übrigens zweieinhalb Jahre an der Zusammenstellung dieser Sammlung gearbeitet haben, auch bei jedem Lied die Quellen angegeben, aus denen sie die Texte und Melodien übernommen haben.

Bei fast 500 Liedern war es natürlich möglich, eine Auswahl von außerordentlicher Breite zu bringen. So findet man neben den vielen bekannten demokratischen Volks- und Kampfliedern, die schon in anderen heute zugänglichen Sammlungen erschienen sind, auch sehr viele, relativ unbekannte Lieder, die oft echte Entdeckungen sind. Was die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg betrifft, so haben die Herausgeber vor allem die Produktion der Liedermacher durchforstet. So findet man dann die besten Lieder von Frank Baier, Walter Moßmann, von den Schmetterlingen, Elbe 1 usw., in denen sich die Kämpfe unserer Zeit widerspiegeln.

Ein letztes Wort noch zum

Preis: Das „kleine dicke Liederbuch“ umfaßt 640 Seiten, ist reich bebildert, hat einen festen Leinwandband und kostet trotzdem nur 9,80 Mark (dazu kommen beim Versand zusätzlich 1,20 Mark für Porto und Verpackung). Aber nicht nur aufgrund dieses ungewöhnlich niedrigen Preises (es ist ein Selbstkostenpreis), auch in bezug auf Auswahl und Menge der Lieder steht dieses Liederbuch konkurrenzlos da.



Caspar Weinberger, der neue Kriegsminister der USA, kündigte in seinem ersten Tagesbefehl an die Streitkräfte die „Wiederbewaffnung Amerikas“ an. Die militärische Stärkung der Vereinigten Staaten müsse gewaltig gesteigert und dadurch das strategische Gleichgewicht zur Sowjetunion „wiederhergestellt werden“.

Wiederbewaffnung? Man liest die Notiz in der Zeitung unglaublich noch einmal; aber es steht tatsächlich so da. Die neuen Herren in Washington versuchen allen Ernstes den Eindruck zu erwecken, als stünde der mächtigste imperialistische Staat dieser Welt militärisch sozusagen auf dem Nullpunkt. Aber mit derlei Begriffsverwirrung hatte ja Reagan auch schon seinen Wahlkampf geführt. Begleitet vom schrillen Konzert der reaktionären Massenmedien stellte er die USA als ein geschwächtes und von aller Welt gebeuteltes Wesen hin, auf dem jeder ungestraft herumtrampeln könnte — an erster Stelle natürlich die Russen und die Perser.

Hitlers Masche

„Wir lassen uns nicht herumstoßen“ — das war denn auch eine der Hauptparolen des jetzigen amerikanischen Präsidenten, die er vor allem auf dem Höhepunkt der sogenannten Geisellafäre ständig heruntergebetet hat. **Neu ist diese Masche allerdings nicht. Schon die deutschen Faschisten haben sich ihrer bedient, um sich als Retter des „gedemütigten“ Deutschlands zu präsentieren. Und was den Amis die „Geiseln“, waren den Nazis die „Volksdeutschen“ jenseits der Grenzen des Reiches, die angeblich von den bösen Polen und Tschechen drangsaliert wurden.**

Wie einst in den ersten Jahren der Hitler-Diktatur, so hat diese Masche auch heute in den USA zweierlei Funktion. Sie soll zum einen die Werktätigen von der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Situation und deren Ursachen ablenken und sie stattdessen auf ein äußeres Feindbild einschwenken. Gleichzeitig dienen die gezielt erzeugte Angstpsychose vor einer angeblichen Übermacht der Sowjetunion und der im Zusammenhang mit den „Geiseln“ erzeugte chauvinistische Taumel dazu, die Massen auf kommende Kriegsabenteuer einzustimmen und natürlich aktuell auch dazu, das gigantische Rüstungsprogramm und die damit verbundenen materiellen Einbußen für die Werktätigen psychologisch abzuschwächen.

„Solider Vorsprung... bei der Rüstung“

Was das von Weinberger behauptete strategische Ungleichgewicht gegenüber der Sowjetunion betrifft, so haben Behauptungen wie diese auch in den USA eine lange Tradition. Schon Kennedy beispielsweise hatte in seinem Wahlkampf eine „Raketenlücke“ im amerikanischen Waffenarsenal entdeckt. Nach seiner Wahl wurde diese Lücke zwar als Erfindung der CIA und der Luftwaffe entlarvt; dennoch setzte Kennedy ein neues Raketen-Beschaffungsprogramm in Gang. Die Folge war dann Chruschtschows Versuch, sowjetische Atomraketen auf Kuba zu stationieren — was bekanntlich zu einer der ernstesten militärischen Krisen in der Nachkriegszeit führte. Und als im vorletzten Jahr der

Die neuen Männer in Washington

Das größte Rüstungsprogramm aller Zeiten

Haig: Ganze Welt ist US-Interessengebiet

berühmte NATO-Raketenbeschluß propagandistisch vorbereitet wurde, war plötzlich auch die „Raketenlücke“ wieder da.

Reagans Leute also haben inzwischen „entdeckt“, daß es nicht nur diese Lücke gibt, sondern daß im gesamten amerikanischen Waffenarsenal ein Riesenloch klafft, das durch „Wiederbewaffnung“ schnell-

zu entlarven. Und mit dieser Demagogie wird jetzt das größte Rüstungsprogramm in der Geschichte der Menschheit in Angriff genommen. Den laufenden Militäretat haben Reagan und seine Kumpare nachträglich noch von 171 Mrd Dollar auf 178 Mrd aufgestockt. **Der nächste Haushalt soll dann schon 220 Mrd Dollar umfassen**

letzten Jahr allerdings doch eingetreten, das Wachstum sank unter null Prozent. Für die erwähnten Finanzkreise aber ist das nur ein Grund mehr, die „Rückkehr des kalten Krieges“ noch weiter zu forcieren. Und in Reagan haben sie den richtigen Mann für dieses Geschäft. Nicht umsonst haben nach seiner Wahl die Kurse für Rüstungs-

rer Kaufkraft und damit zu einem verstärkten Rückgang der Nachfrage führt. Das wiederum wird die zyklische Krise, die letztes Jahr in den USA eingesetzt hat, zusätzlich vertiefen.

Erweiterung der Carter-Doktrin

Aber natürlich kann man das gigantische Rüstungsprogramm Washingtons nicht nur unter dem Hinblick der Profitmaximierung bei den amerikanischen Rüstungsmonopolen sehen. Es drückt sich darin auch ganz eindeutig die Absicht des US-Imperialismus aus, nach den im vergangenen Jahrzehnt erlittenen Niederlagen (Vietnam, Iran Nicaragua usw.) nunmehr eine Gegenoffensive im großen Maßstab zu beginnen und mit einer beispiellosen militärischen Kraftanstrengung den Kampf um die Weltherrschaft voranzutreiben. Wobei auch hier die Verschärfung der kapitalistischen Krise in den USA ein treibendes Element ist. Denn um ihre Profite zu sichern und zu erhöhen, müssen die amerikanischen Monopole die Krisenlasten auch auf die von ihnen abhängigen Länder abwälzen, indem sie beispielsweise deren Rohstoffe zu den von ihnen diktierten Bedingungen ausplündern.

Vieles von dem, was die Reagan-Leute jetzt als ihre weltstrategischen Pläne erkennen lassen, hat schon Carter eingeleitet. So etwa mit der berück-

dem internationalen Terrorismus widmen, denn er ist die äußerste Menschenrechtsverletzung“. Die Reagan-Leute stellen sich heute bedingungslos hinter die faschistischen und rassistischen Regimes in aller Welt, die sie erklärtermaßen bis zu letzten Konsequenz vor den von diesen Regimes unterdrückten Völkern schützen wollen. Symbolisch haben sie diese Bereitschaft durch den pompösen Empfang für den Schlächter von Seoul, den südkoreanischen Diktator Chun zum Ausdruck gebracht, der nicht von ungefähr einer der ersten Staatsgäste des neuen Präsidenten gewesen ist.

Praktisch zeigen Reagan und seine Kumpare gegenwärtig in El Salvador, was das heißt: bis zur letzten Konsequenz. Die pro-amerikanischen Diktaturen sollen mit US-Waffen und US-„Militärberatern“ — wenn es sein muß auch mit dem Einsatz von amerikanischen Truppen — an der Macht gehalten werden. Ein neues Iran, so haben diese Leute immer wieder beteuert, wird es nicht mehr geben. Eine offene Kriegsdrohung gegen alle um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

Befreiungsbewegungen in allen Kontinenten, selbst wenn sie unter bürgerlicher Führung stehen, sind für die Reaganleute nur „Terroristen“. Ihnen wird nicht, wie teilweise noch bei Carter, auch mit diplomatischen Tricks und ein paar Zugeständnissen begegnet, sondern ausschließlich mit dem brutalen Einsatz der amerikanischen Kriegsmaschine. Nicht verhandeln heißt die Parole der neuen Leute in Washington, sondern ausrotten. „Terroristen“ sind aber auch diejenigen Führer der jungen Nationalstaaten, die sich nicht in den Griff des amerikanischen Imperialismus zwingen lassen. Hier stehen bislang schon die Regierungen von Iran, Nicaragua und Libyen im Fadenkreuz der amerikanischen Aggressoren.

Mobile Eingreiftruppe

Nach der von Regan und Haig auf die ganze Welt erweiterten Carter-Doktrin droht auch ihnen ein Vernichtungsfeldzug, wann immer die „strategischen Interessen“ der Wall-Street-Monopole das erfordern. Das Werkzeug für solche Aggressionen soll die „Rapid Deployment Force“ werden, eine Eingreiftruppe, deren Ausbau schon von Carter begonnen wurde und die bis 1985 110000 Mann umfassen soll. 15 Spezialschiffe für diese Truppe werden gegenwärtig gebaut; jedes von ihnen wird Waffen und Versorgungsgüter für 65000 Mann aufnehmen können. Diese Schiffe sollen dann „in der Nähe potentieller Krisengebiete“ stationiert werden. Im Fall einer geplanten Aggression ist dann die Ausrüstung dafür schon an Ort und Stelle; es müssen nur noch die Einheiten der „Rapid Deployment Force“ in einer Blitzaktion eingeflogen werden.

Die aggressiven Kriegspläne der amerikanischen Imperialisten konzentrieren sich auch unter Reagan vor allem auf den Persischen Golf und hier in erster Linie auf den Iran. Schon heute können binnen zwei Wochen 24000 Soldaten mit Bewaffnung von den USA in die Golfregion transportiert werden. Auch dafür hat Carter schon vorgesorgt, indem er einen Kranz neuer US-Stützpunkte um den Golf legte, der von Ägypten über Somalia und



Amerikanische Truppen beim Manöver in Ägypten

stens gefüllt werden muß. Wie aber verhält es sich wirklich mit dem angeblichen Ungleichgewicht des US-Vernichtungspotentials gegenüber dem sowjetischen? **Dazu sagte ein Mann, der es wissen muß, nämlich Tom Gervasi, ein ehemaliger Offizier in der Gegenspionage des militärischen Abwehredienstes der USA: „Die Vereinigten Staaten haben sich seit Beginn des Wettrennens mit der Sowjetunion einen soliden Vorsprung bewahrt.“**

Das gilt besonders für den Bereich der Atomwaffen, wo es die USA auf mehr als doppelt so viele Sprengköpfe bringen wie die Sowjetunion. In der konventionellen Bewaffnung ist Moskau zwar in mehreren Bereichen zahlenmäßig überlegen, hinkt aber in der Qualität hinterher. Die sowjetische Marine etwa verfügt über viermal so viele Einheiten wie die amerikanischen — was sich auf den ersten Blick gewaltig ausnimmt. Setzt man aber die Zahlen der wirklich entscheidenden Schiffstypen gegeneinander, dann ergibt sich schon ein anderes Bild. So verfügen die Sowjets zum Beispiel nur über zwei Flugzeugträger, die Amerikaner dagegen über 13.

Was schließlich die Truppenstärke betrifft, so kann die NATO insgesamt (ohne Frankreich) bei einer totalen Mobilisierung im Ernstfall 5,2 Millionen Mann aufstellen, gegenüber 4,8 beim Warschauer Pakt. Zudem ist selbst nach amerikanischen Angaben der Ausbildungsstand der Kreml-Truppen wesentlich niedriger als der bei den NATO-Einheiten. **Immerhin war es Weinbergs Vorgänger, der Ex-Kriegsminister Brown persönlich, der vor einigen Wochen zwei Drittel der sowjetischen Divisionen als „nicht kampfbereit“ einstufte.**

Rüstungshaushalt — in fünf Jahren verdoppelt

Diese wenigen Zahlen genügen schon, um das Gerede der Reagan-Leute von der angeblichen Ohnmacht der amerikanischen Kriegsmaschine als pure und unverschämte Demagogie

(das sind 23,5 Mrd Dollar mehr, als Wahlverlierer Carter ursprünglich eingeplant hatte). Selbst die sogenannten Falken in Reagans Republikanischer Partei, also deren reaktionärste Fraktion, hatten „nur“ eine Steigerung der Militärausgaben um 7 Prozent gefordert — wie man sieht, hat das wahnwitzige Tempo der Hochrüstung auch diese Forderungen längst überholt.

Dabei darf nun aber keineswegs der Eindruck entstehen, als wäre Carter ein Abstinenzler in Sachen Aufrüstung gewesen, wie es Reagans „Wiederbewaffner“ heute erscheinen lassen. Immerhin hat dieser Präsident in seiner vierjährigen Amtszeit den Militärhaushalt von 100 auf 172 Mrd Dollar hochgedrückt. Und selbst dieses Tempo also genügt den neuen Leuten in Washington nicht mehr! **Wenn Reagan im Oktober seinen ersten Haushaltsplan einbringt, wird sich der Rüstungsetat der USA binnen fünf Jahren mehr als verdoppelt haben.**

Militarisierung der Wirtschaft

In diesen kaum noch faßbaren Rüstungszahlen und in der damit verbundenen Strategie drückt sich zweierlei aus. Zum einen wird darin das ganze Ausmaß der Militarisierung der amerikanischen Wirtschaft deutlich — von einer anhaltenden Krise betroffen, suchen die Monopole zunehmend einen Ausweg in der Rüstungsproduktion, die ihnen sichere Staatsaufträge mit hohen Profiten garantiert. Typisch für diese Entwicklung sind die Hoffnungen, die zu Beginn des vergangenen Jahres von der Zeitung „International Herald Tribune“ ausgesprochen wurden: **„Es kommen Zweifel auf, ob es dieses Jahr eine Rezession geben wird ... Wo noch gestern jeder Mann durch die trübe Wirtschaft und die trüben Aussichten entmutigt war, haben sich plötzlich die Pulsschläge durch die offensichtliche Rückkehr des kalten Krieges beschleunigt, von dem Finanzkreise erwarten, daß er ein ökonomisches Ellexier wird.“**

Die Rezession ist dann im

aktiven wahren Bocksprünge nach oben gemacht. Und es sind nicht nur die traditionellen Waffenschmiedern wie Marietta, Boeing, Northrop, McDonnell/Douglas oder Rockwell, die sich an der Kriegsvorbereitung gesundstoßen. Auch Chrysler beispielsweise hat sich mit dem Auftrag für 569 MX-1-Panzer einen fetten Happen geholt, an dem — wie das „Handelsblatt“ jüngst bemerkte — das „ansonsten marode Automobilun-



Kriegsproduktion in den USA (Giftgasgranaten)

ternehmen genesen könnte“.

Während die Chrysler-Bosse also ihre Profite durch Kriegsproduktion sanieren wollen, werden die im Konzern beschäftigten Arbeiter kräftig zur Kasse gebeten. 633 Millionen Dollar sollen sie für das Unternehmen aufbringen, indem sie auf Lohnerhöhungen verzichten und die Kürzung von Sozialleistungen hinnehmen. Das ist die Kehrseite der Medaille. Und wie hier auf der Ebene eines Konzerns ist es natürlich auch im nationalen Maßstab. Bezahlen für das gigantische Rüstungsprogramm müssen die Werktätigen. Im nächsten Staatshaushalt sollen 40 bis 50 Mrd Dollar für soziale Leistungen gestrichen werden — das geht von den Arbeitsbeschaffungsprogrammen bis zum Gesundheitsdienst und dem Kindergeld. Reagan: „Wir dürfen nicht zimperlich sein.“

Die Militarisierung der amerikanischen Wirtschaft, die Verwendung immer größerer Teile des Staatshaushalts für die Kriegsvorbereitungen verschärft also den Abbau des sozialen Besitzstandes der Werktätigen, was zu einem weiteren Absinken ih-

tigten Doktrin, die seinen Namen trägt und die den Persischen Golf mit seinen Ölreichtümern zum nationalen Interessengebiet der USA erklärte. Die neue Regierung hat diesen offen ausgesprochenen imperialistischen Besitzanspruch ausgeweitet. Außenminister Haig erklärte bei seiner Anhörung vor dem Senat die ganze Welt zum strategischen Interessengebiet der Vereinigten Staaten. Im Klartext bedeutet das: Die amerikanischen Imperialisten nehmen sich damit das Recht heraus, überall dort zu intervenieren — notfalls militärisch — wo immer sie diese Interessen nicht mehr gewahrt sehen. Zunächst einmal bezieht sich das auf die sogenannte Dritte Welt, wo mit allen Konzessionen, die es noch in der Carter-Ära gegenüber den jungen Nationalstaaten und den Befreiungsbewegungen gegeben hat, Schluß gemacht werden soll.

Ausrottung des „Terrorismus...“

Haig: „Statt den Menschenrechten werden wir uns jetzt

Fortsetzung auf Seite 11

Das größte Rüstungsprogramm aller Zeiten

Fortsetzung von Seite 10

Kenia bis zum Oman reicht. In Ägypten konnten die US-Killertruppen schon im vergangenen Jahr den Wüstenkrieg unter realistischen Bedingungen üben (gemeinsam mit der einheimischen Armee, die Sadat den amerikanischen Imperialisten großzügig als Kanonenfutter für künftige Aggressionskriege im Nahen Osten zur Verfügung stellen will). In den nächsten Tagen werden ähnliche Manöver in Oman beginnen, das nur durch die schmale Straße von Hormuz vom Iran getrennt ist.

So wollen also die Reagan-Leute das Rad der Zeit zurückdrehen, die Niederlagen der Vergangenheit auswetzen und den US-Imperialismus wieder zum Weltgendarmen machen, der den Völkern seinen Willen aufzwingen kann. Ob sie aber diese Pläne auch verwirklichen können, ist natürlich eine andere Sache. Schließlich war auch Carter durchaus nicht der Schlappschwanz, als den ihn heute die Reagan, Haig und Weinberger hinstellen. Gewollt hat er ja schon. Beispielsweise im Iran, wo alle Möglichkeiten vom auf innere faschistische Kräfte gestützten konterrevolutionären Putsch bis hin zur bewaffneten Intervention durchgespielt wurden. Nur gekonnt hat Carter eben nicht. Die iranische revolutionäre Bewegung ist zu stark gewesen.

Und es ist ja heute nicht nur

der Iran. Von Südkorea bis zum Nahen Osten, vom südlichen Afrika bis Lateinamerika stehen die Völker im Kampf um ihre Befreiung. Keine Militärhilfe für die örtlichen Unterdrücker, keine „Berater“ und auch keine „Rapid Deployment Force“ wird diesen weltweiten Kampf auf die Dauer unterdrücken können. Dazu ist auch die bis an die Zähne bewaffnete amerikanische Supermacht nicht in der Lage.

Dennoch darf man die Sache natürlich nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die neue Clique im Weißen Haus bereitet ungeheure Verbrechen an den Völkern der „Dritten Welt“ vor, Verbrechen, die selbst die Untaten eines Johnson oder Nixon in den Schatten stellen werden. An uns ist es, die Solidarität mit den bedrohten Völkern zu organisieren, vor allem dadurch, daß wie die antiimperialistische Bewegung in jeder möglichen Form stärken und jegliche Beteiligung des Bonner Staates an den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus bekämpfen.

(In der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen“ werden wir einen weiteren Artikel über die Globalstrategie der Reagan-Leute bringen und uns mit dem Verhältnis der neuen US-Regierung zur Sowjetunion und zur NATO beschäftigen.)

Anhaltende politische Krise

Wieder neue Regierung in Polen

WARZAWA. — In seiner Generalsuniform präsentierte sich Wojciech Jaruzelski, der neue polnische Regierungschef, bei seiner Antrittsrede vor dem Parlament. Mit der Ernennung Jaruzelskis — der sein früheres Amt als Verteidigungsminister beibehält — und der Auswechslung einiger Minister ist damit binnen weniger Monate schon die vierte Regierung gebildet worden.

Der ZK-Sitzung, auf der die Würfel für Jaruzelski fielen, war eine neuerliche Verschärfung der politischen Krise vorausgegangen. Trotz einer Bereitschaftserklärung der „Solidarnosc“-Führung, auf Streikaktionen zu verzichten (nachdem es bei den Verhandlungen um die arbeitsfreien Sonntagen einen Kompromiß gegeben hatte), waren auf regionaler Ebene doch wieder Streiks durchgeführt worden.

Im Gebiet von Bielsko-Biala in Südpolen kämpften die Arbeiter mit einem Generalstreik für die Absetzung von korrupten Funktionären. Bereits nach wenigen Tagen hatten sie ihre Forderung durchgesetzt: Der Boss der Regionalverwaltung und drei seiner Stellvertreter wurden abgesetzt. Bedeutsam war hier die Tatsache, daß sich in Verhandlungen zwischen streikenden Arbeitern und der Regierung zum ersten Mal auch die katholische Kirche einschaltete. Der Sekretär des Episkopats und zwei Weihbischöfe traten als „Vermittler“ auf.

In der Region Jelenia Gora wurde ebenfalls der Generalstreik ausgerufen. Hier war die Forderung: Zwei Erholungsheime des Zentralkomitees beziehungsweise des Innenministeriums im nahegelegenen Riesengebirge sollten dem allgemeinen Gesundheitsdienst übergeben werden. Auch in Jelenia Gora konnten sich die Streikenden durchsetzen.

In Rzeszow schließlich hielten Bauern seit Anfang Januar das Gebäude des ehemaligen Bezirksrats der alten Gewerkschaft besetzt. Sie wollten da-

durch dem Verlangen nach Anerkennung einer „Bauern-Gewerkschaft“ Nachdruck verleihen. Besonders in diese Auseinandersetzung mischte sich der reaktionäre Klerus massiv ein. Kardinal Wyszynski persönlich, der Primas von Polen, empfing eine Delegation der Bauern und sagte ihnen die Unterstützung der Kirche zu. Dabei hetzte er gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft, die vor der kapitalistischen Restauration Polens in beschränktem Umfang durchgeführt worden war und forderte die Weiterentwicklung der Privatisierung.

Das Oberste Gericht in Warschau lehnte den Antrag auf Bildung einer „Bauern-Gewerkschaft“ ab, gestattete jedoch die Bildung eines Bauernverbandes. „Solidarnosc“-Führer Walesa rief den Bauern dazu, diese Entscheidung anzunehmen. Kardinal Wyszynski dagegen sprach weiterhin von dem „natürlichen Recht“ der Bauern, sich als Gewerkschaft zu versammeln. Offenbar legt es der reaktionäre Klerus in dieser Frage sogar auf einen Konflikt mit der revisionistischen Parteiführung an, um seinen ohnehin schon starken Einfluß auf die Bauern noch weiter auszubauen.

Walesa war in den letzten Wochen im ganzen Land unterwegs, um auf die regionalen Streikämpfe „mäßigend“ einzuwirken. Die Parteiführung honorierte das, indem sie wiederholt die wichtige Rolle der „Solidarnosc“ hervorhob. Gleichzeitig wurden aber in den Kommentaren der Medien die

„vernünftigen“ Führer um Walesa ständig gegen „einige Lokalgewerkschaften“ ausgespielt; ein durchsichtiger Versuch, die Widersprüche in der „Solidarnosc“ zu vertiefen, Spaltung in die Gewerkschaft hineinzutragen und sie insgesamt in eine Art „Sozialpartnerschaft“ mit der neuen polnischen Bourgeoisie einzubinden.

Solcher taktischen Manöver bedienten sich die von Moskau gesteuerten Propagandisten in den anderen Warschauer-Pakt-Ländern allerdings nicht. Sie ergossen eine ganze Flut von „Warnungen“ und Drohungen gegen Polen. Im „Neuen Deutschland“ war zum Beispiel zu lesen: „Die Solidarnosc-Führer sind auf konterrevolutionärem Kurs.“ Die gleichen Führer also, denen von der polnischen Partei zur gleichen Zeit Vernunft und Besonnenheit bestätigt wurden. Hier zeigt sich einmal mehr in aller Deutlichkeit, daß die Kremlherren nach wie vor nicht bereit sind, die Entwicklung in Polen hinzunehmen, daß also auch die Gefahr der militärischen Intervention noch besteht.

Und ob sie durch die neue Regierungsumbildung zufriedengestellt werden können, ist auch mehr als fraglich. Parteichef Kania hatte auf der ZK-Sitzung noch einmal die Bereitschaft erklärt, das im vergangenen Sommer mit den streikenden Arbeitern ausgehandelte Abkommen einzuhalten. Er hob auch die „bedeutende Rolle“ der „Solidarnosc“ hervor, die sich allerdings im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und der ausgehandelten Vereinbarungen verwirklichen müsse. Im gleichen Sinne sprach sich dann auch der General Jaruzelski bei seiner ersten Rede vor dem Parlament aus. Er betonte die Fortsetzung des Kurses der „Erneuerung und des Dialogs“, aber

auch die Bereitschaft zum Kampf gegen nicht näher benannte „antisozialistische Kräfte“, die versuchen würden, die Gewerkschaft zu unterwandern.

Jaruzelski forderte die Arbeiter zu einem dreimonatigen Streikstopp auf und kündigte für diese Zeit einen „breiten gesellschaftlichen Dialog“ an. Nichts neues also. Dialogbereitschaft hatten auch seine Vorgänger schon immer dann verkündet, wenn sie von der kämpfenden Arbeiterklasse bedrängt worden waren. Der neue Regierungswechsel in Warschau ist kein Zeichen für einen Neubeginn, sondern nur ein neuer Ausdruck des Bankrotts der polnischen revisionistischen Führung. Die großen wirtschaftlichen Probleme des Landes wird auch die jetzt in den Sattel gehobene Regierung nicht lösen können.

Jaruzelski hat für den von ihm vorgeschlagenen Dialog ausdrücklich der Kirche eine größere Rolle als bislang zugestanden. Offenbar wollen sich die polnischen Revisionisten mehr denn je der Zusammenarbeit mit dem Klerus bedienen und gemeinsam mit ihm die Lage „stabilisieren“, sprich: die berechtigten Forderungen der Werktätigen abwehren. Jede Aufwertung der Pfaffen aber bedeutet zwangsläufig eine Stärkung der prowestlichen Kräfte, die langfristig auf eine Herauslösung Polens aus dem sowjetischen Machtbereich hinarbeiten.

Für die Arbeiterklasse wird es in den kommenden Monaten mehr denn je darauf ankommen, ihre Kampferfolge zu verteidigen und den Einfluß der klerikalen und sonstigen prowestlichen Kräfte auf die Gewerkschaftsbewegung ebenso zurückzuweisen, wie die Manöver der Warschauer Parteiführung.

Streiks und Demonstrationen in Belgien

Massenaktionen gegen Lohnstopp und Entlassungen

BRÜSSEL. — Auf entschiedenen Widerstand der Werktätigen ist das Vorhaben der von Christdemokraten und Sozialisten gebildeten Regierung gestoßen, per Gesetz einen zweijährigen Lohnstopp zu verhängen.

Dabei sollen Löhne und Gehälter über 35000 Francs (ca. 2200 Mark) auf der Basis der von der Regierung bekanntgegebenen Teuerungsrate eingefroren werden. Sie wird gegenwärtig offiziell mit 7,5 Prozent angegeben. Schon am 24. Februar demonstrierten in Brüssel etwa 100000 Arbeiter aus dem ganzen Land gegen den Lohnstopp. Aufgerufen dazu hatten gemeinsam die sozialistische Gewerkschaft FGFB und die christliche Gewerkschaft CSC.

Am 5. Februar kam es dann zu einer weiteren Kampfaktion, die sich faktisch zum Generalstreik ausweitete. Die Basis des Kampfes waren die Kollegen der Verkehrsbetriebe, die dafür sorgten, daß im ganzen Land keine Bahn und kein Bus mehr fuhr. Einzig die Brüsseler U-Bahn wurde nicht bestreikt, hier sorgten aber Transportarbeiter durch die Besetzung der Bahnhöfe dafür, daß der Verkehr ebenfalls zum Erliegen kam.

Dem Verkehrsstreik hatten sich die Werktätigen aus fast allen wichtigen Branchen angeschlossen: Stahl, Metall, Werften, Textil, Raffinerien, Druck

und Kaufhäuser. Neben diesem 24-stündigen Generalstreik hatte es auf der Ebene einiger Betriebe auch weitere Streiks

tergrund dafür bilden die Fusionspläne des Cockerill-Konzerns in Liège und des sogenannten Dreiecks (Triangle) in Charleroi. Die Pläne werden von den Konzernbossen schon längere Zeit vorangetrieben, der EG-Kommissar für Industriepolitik, Graf Davignon, hatte

mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 10 Prozent an der Spitze der EG, und besonders die Region Wallonien ist von der Krise stark betroffen und hat eine extrem hohe Arbeitslosigkeit. Als die Fusionspläne — die übrigens auch von der Sozialistischen Partei unterstützt wer-



Demonstration gegen den Lohnstopp in Brüssel

gegen den Lohnstopp gegeben, so bei Texaco, Caterpillar und bei Kaufhäusern in Liège (Lüttich).

Neben den Kampfaktionen gegen den Lohnstopp ist es in der letzten Zeit immer wieder zu Streiks der wallonischen Stahlarbeiter gekommen. Den Hin-

sich in die Verhandlungen eingeschaltet. Bei einer Fusion der beiden Konzerne würde im Raum Liège eine Walzstraße und in Charleroi ein Stahlwerk stillgelegt werden. Und das hätte die Vernichtung von etwa 4500 Arbeitsplätzen zur Folge. Belgien steht heute schon

den — Mitte Januar bekannt wurden, protestierten die Stahlarbeiter mit Warnstreiks dagegen. In Liège demonstrierten mehrere hundert Kollegen zur Verwaltung von Cockerill. In Charleroi wurde am 21. Januar sogar ein mehrtägiger Vollstreik organisiert.



Kabinett der Millionäre

Mit lumpigen 70000 Dollar pro Jahr werden Reagans Minister für ihren schweren Job abgespeist. Ein glücklicher Umstand will es allerdings, daß die Herren auf dieses Geld gar nicht angewiesen sind, es ist für sie sozusagen nur ein kleines Zubrot.

Denn als sie — gemäß einem nach der Watergate-Affäre verabschiedeten Gesetz — ihre Finanzen offenlegten, stellte sich heraus: Reagans Minister sind durch die Bank Millionäre. Und wer weiß, ob sie nicht aus lauter Bescheidenheit nur einen Teil ihrer Finanzen „offengelegt“ haben. Aber auch die offizielle Liste ist schon sehr aufschlußreich und spricht für sich:

① Caspar Weinberger, Verteidigungsminister: Jahreseinkommen 1980: 1150000 Dollar — Vermögenswerte wie Aktien oder Grundbesitz: 1312000 — Verbindlichkeiten: 275000 Dollar;
② Alexander Haig, Außenminister: Einkommen 1980:

976000 — Vermögen: 518000 — Verbindlichkeiten: 50000 Dollar;

③ Donald Regan, Finanzminister: Einkommen 1980: 724000 — Vermögen: 2448000 — Verbindlichkeiten 315000 Dollar;

William French Smith, Justizminister: Einkommen 1980: 630000 — Vermögen: 2362000 — Verbindlichkeiten: 80000 Dollar;

⑤ Malcolm Baldrige, Handelsminister: Einkommen 1980: 479000 — Vermögen: 1427000 — Verbindlichkeiten: 715000 Dollar;

⑥ Raymond Donovan, Arbeitsminister: Einkommen 1980: 779000 — Vermögen 2375000 — Verbindlichkeiten: 1215000 Dollar;

⑦ John Block, Landwirtschaftsminister: Einkommen 1980: 168000 — Vermögen: 3271000 — Verbindlichkeiten: 5145000 Dollar;

⑧ Drew Lewis, Verkehrsminister: Einkommen 1980: 578000 — Vermögen: 1681000 — Verbindlichkeiten: 830000 Dollar.

Die Realitäten lassen sich nicht verleugnen



Der Kampf der Klassen
Fotos: ZB/Illustrierte Geschichte des 1. Mai



Dortmund: Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Schüler und Studenten in gemeinsamer Aktion gegen kapitalistischer Willkür

... die Welt durchzittert der Klassenkampf, bald muß das wilde, gigantische Ringen die sehnlich erharrte Entscheidung bringen. So heißt es im Text zu diesem Bild, das die Jahrhundertwende im „Süddeutschen Postillon“ erschien. Kapital und Arbeit sind und bleiben zwei unversöhnliche Seiten kapitalistischer Wirklichkeit. Kein Verharmlosen, kein noch so ausgeklügelte scheinender Reformkurs sogenannter Arbeiterparteien und keine Scheingefechte in bürgerlichen Parlamenten lösen den Grundwiderspruch moderner Ausbeutergesellschaften. Nur im geeinten politischen Kampf der werktätigen Massen können — wie vor über 130 Jahren im kommunistischen Manifest gefordert — die Ketten der Ausbeutung gesprengt werden.

Aus welcher Zeitung stammt dieser Ausschnitt?

Aus dem „Roten Morgen“ — aus den „RGO-Nachrichten“? — Weit, weit gefehlt: Wir fanden ihn im „Neuen Deutschland“, Zentralorgan der SED,

am 7.2.81. Das Bild zeigt den RGO-Block auf einer gewerkschaftlichen Massendemonstration in Dortmund. Und gegen den Textkommentar ist wirklich nichts einzuwenden. Bleibt nur zu hoffen, daß

auch DKP-Mitglieder mal ins „Neue Deutschland“ gucken und sich die Mahnung zu „gemeinsamer Aktion“ zu Herzen nehmen.

Wie gesagt: Die Realitäten lassen sich nicht verleugnen!

„Atatürk beleidigt“

Deutsche in der Türkei eingesperrt

Bonn versuchte, den Vorgang geheimzuhalten

Die neunzehnjährige westdeutsche Gymnasiastin Dörte P. sitzt seit sechs Wochen in einem Gefängnis der türkischen Stadt Mugla. Sie wurde von den Behörden des faschistischen Regimes verhaftet, weil sie ein Portrait Kemal Atatürks auf einer Briefmarke mit einem Fez, Ohrringen und einem Schnauzbart verziert hatte.

Das Mädchen hatte keine Ahnung, wer auf der Marke abgebildet war, die sie auf einen Brief an ihre Eltern geklebt hatte. Der Brief fiel bei der Post auf, die Polizei verschleppte die 19jährige und sperrte sie ins Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Verstoßes gegen das „Gesetz zum Schutze Atatürks“ und setzte die Hauptverhandlung für den 28. Januar an.

Am 9. Januar erfuhr die deutsche Botschaft in Ankara von dem Vorfall. Alle Versuche, das Mädchen freizubekommen, scheiterten, auch eine Warnung an den türkischen Botschafter in Bonn blieb ohne Erfolg. Der Prozeß wurde sogar noch weiter hinausgeschoben.

Wird Dörte P. verurteilt, so hat sie mit Gefängnis bis zu zwei Jahren zu rechnen, ausgeliefert dem barbarischen Strafvollzug der faschistischen Behörden.

Bezeichnend ist, daß dieser Vorfall bis vor kurzem von den Bonner Behörden geheimgehal-

ten wurde. Das Verhältnis zwischen Bonn und Ankara ist ja ansonsten sehr gut. Man wollte offensichtlich die verbrecherischen Machthaber in der Türkei nicht öffentlich bloßstellen. Das geht auch aus den Äußerungen hervor, die Außenamtssekretär van Well in Bonn gegenüber dem türkischen Botschafter machte. Der Vorfall, sagte er, könne das deutsch-türkische Verhältnis aufs

schwerste belasten — „zumal, wenn der Vorgang in die Presse gerate“.

Für die Rettung des verhafteten Mädchens ist die Information der Öffentlichkeit jedenfalls eine wichtige Unterstützung. Wir verlangen, daß die Bonner Regierung alles tut, um Dörte P. freizubekommen! Wir verlangen den Abbruch jeglicher Unterstützung aus Bonn für die Faschisten in Ankara!



Sparhaushalt im Kanzleramt

BONN. — „Sparsamkeit“ ist das Gebot der Stunde. „Maßvolle“ Lohnabschlüsse sind gefordert. Wer Schwierigkeiten hat, diese Begriffe mit Inhalt zu füllen, sollte sich diejenigen zum Vorbild nehmen, von denen sie geprägt wurden.

Ein Beispiel dafür lieferten Helmut Schmidt und die Bonner Koalitionsparteien am 12. Februar. Für den „Spottpreis“ (Zitat!) von 650 000 Mark erwarb Schmidt zum Schmucke des Bundeskanzleramtes eine Großplastik des englischen Bildhauers Henry Moore.

Wie das Bild beweist, wurde damit der gesamten deutschen Nation ein wirklich wunderhübsches Objekt gesichert. Die

Plastik „Large two forms“ steht zwar sowieso schon vor dem Kanzleramt, und es gibt keine Anzeichen, daß sie irgendje-

mand dort abholen wollte; aber bisher war es nur eine Leihgabe. Nun endlich ist sie fest in deutscher Hand.

Um den Kauf finanzieren zu können, wurde kurzerhand der Kanzleramtsetat um die entsprechende Summe heraufgesetzt. Von 100 000 Mark auf 750 000 Mark. Eine Erhöhung um 650 Prozent! Wenn das kein Maßstab für die Lohnforderungen der Arbeiter ist...



650 000-Mark-Plastik vor dem Kanzleramt

Kassiberschmuggel — einmal anders

CDU-Anwalt vor Gericht

TRIER. — Haben wir sie endlich, die verbrecherischen Verteidiger, die in krimineller Weise mit ihren kriminellen Mandanten zusammenarbeiten, Kassiber aus den Zellen schmuggeln und sich an der Vorbereitung neuer Straftaten beteiligen.

Dennoch bleibt der öffentliche Parteienjubiläum und die entsprechende „BILD“-Schlagzeile aus. Denn es geht in dem Fall, den wir hier behandeln, nicht um einen RAF-Prozeß, und der Verteidiger ist nicht links-verdächtig. Er ist führender CDU-Mann in Rheinland-Pfalz.

Es handelt sich um den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags und Vorsitzenden des dortigen Innenausschusses, Gerhard Krempel. Er hat sich vor dem Landgericht Trier zu verantworten. Ihm wird der Versuch vorgeworfen, 1979 einen Brief eines Mandanten, der wegen des Vorwurfs räuberischer Erpressung und Totschlags inhaftiert war, aus der Koblenzer Justizvollzugsanstalt geschmuggelt zu haben. Der Brief war an einen Zeugen gerichtet, der damit zu einer Falschaussage verleitet werden sollte.



CDU-Abgeordneter Krempel

„Spitze“ in der Luftverschmutzung

Die Bundesrepublik ist wieder einmal „Spitze“. Und zwar in der Statistik über die Luftverschmutzung in Industriestädten! Da hat sie sogar den USA noch einiges voraus.

München, Nürnberg und Hamburg rangieren bei der Staubbelastung noch vor Chicago. Der Schwefeldioxyd-Gehalt in der Luft ist in Essen, Köln und dem Kurort Wiesbaden höher als in der Zwölf-Millionen-Stadt Tokio!

In der Spitzengruppe mit einem Meßwert weit über der gesetzlich erlaubten Höchst-

grenze wird Westberlin nur noch von Ankara übertroffen. (Die Untersuchung wurde in 97 Großstädten in 17 westlichen Industrieländern durchgeführt.)

Diese Belastung durch Staub und Kohlendioxyd ist für hartnäckige Beschwerden an den Atemwegen und für Infektionskrankheiten verantwortlich.

Jugendstrafe für 58jährigen SS-Mörder?

FRANKFURT. — Zu immer abenteuerlicheren Begründungen greifen westdeutsche Strafverfolgungsbehörden, wenn es darum geht, faschistische Mörder aus der Zeit der Hitlerdiktatur vor der verdienten Strafe zu bewahren. Geht es nach dem Willen des Staatsanwaltes, so wird SS-Mann Josef Schmidt, der zur Zeit wegen seiner im KZ Auschwitz verübten Verbrechen in Frankfurt vor Gericht steht, zu einer Jugendstrafe von neun Jahren verurteilt.

Beteiligung an mehreren Morden ist dem KZ-Blockführer nachgewiesen. Nur wegen einem, den er allein verübt hat, steht er jetzt vor Gericht: Er hatte in Auschwitz einen 50jährigen total entkräfteten Häftling mit Fußritzen umgebracht, weil dieser zu schwach war, die von Schmidt befohlenen Liegestütze auszuführen. In einem anderen Fall hatte er SS-Unterscharführer Horst Czerwinski seine Pistole zu der Ermordung eines russischen Häftlings gegeben — das gilt als Beihilfe und wird als verjährt betrachtet.

Jugendstrafe für einen

58jährigen! Schmidt, zur Tatzeit 20 Jahre alt, wurde zugute gehalten, er habe sich damals auf dem „sittlichen und geistigen Entwicklungsstand eines Jugendlichen“ befunden.

Und auf diese lächerliche Strafe sollen auch noch die sieben Jahre angerechnet werden, die Schmidt nach dem Kriege in Polen abgesessen hat! Schmidts Kumpan Czerwinski, in Frankfurt mitangeklagt, entzog sich dem Verfahren bereits im Januar durch „Verhandlungsunfähigkeit“. Der Frankfurter Auschwitz-Prozeß droht als Farce zu enden.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.	ZENTRALEKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinger Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.	3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.	7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinost. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.	7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/848408.
4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stoffenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832326, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17-19 Uhr.	2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/587702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.
4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.	5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.
4000 DÜSSELDORF (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr. 17-19 Uhr, Sa. 10-12 Uhr.	6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Böhr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.	8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16-18 Uhr, Sa. 11-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.	4500 OSNABRÜCK, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.	7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.
	SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.



Samstag, 21. Februar
21.35 Uhr WDR III
Behinderte Liebe. In diesem Film von Marlies Graf kommen Behinderte selbst zu Wort. Sie sprechen über ihre Schwierigkeiten bei der Herstellung von Liebesbeziehungen.

Sonntag, 22. Februar
21.30 Uhr ZDF
Wärme aus Sibirien. Bericht über das Erdgas-Projekt, das bislang größte Geschäft der westdeutschen Monopole mit der Sowjetunion.

Montag, 23. Februar
21.15 Uhr ARD
Der ohnmächtige Zorn der kleinen Leute von St. Etienne. Ulrich Wickert porträtiert in diesem Film die Arbeiterklasse in unserem Nachbarland Frankreich.

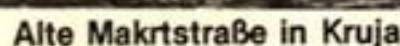
Montag, 23. Februar
21.20 Uhr ZDF
Pseudonym Hans Fallada. Der Film stellt Szenen aus dem Leben des Volksschriftstellers Hans Fallada nach, der packend und realistisch das Leben der Werktätigen in der Weimarer Republik beschrieben hat, während der Hitler-Diktatur jedoch Kompromisse mit den Nazis einging.

Dienstag, 24. Februar
21.15 Uhr WDR III
Putzkolonne. In der WDR-Reihe „Frauenstudien“ bringt Ute Diehl heute einen Beitrag über Putzfrauen.

Mittwoch, 25. Februar
19.00 Uhr Südwest III
Poesie und Musik. Die Gruppe „Poesie und Musik“ singt Lieder des chilenischen Dichters Pablo Neruda.

Mittwoch, 25. Februar
22.45 Uhr ZDF
Der Sturm. Shakespeares Komödie wird in der Inszenierung von Fritz Kortner am Westberliner Schiller-Theater aus dem Jahr 1968 gezeigt.

Freitag, 27. Februar
23.00 Uhr ZDF
Die Leiden des jungen W. Ein Fernsehfilm von Ulrich Plenzdorf nach seinem gleichnamigen Theaterstück, das einigen Aufschluß über die Jugend in der revisionistischen DDR gibt.



REISELAND ALBANIEN

(Maidekade). Besuch von zwei Kulturveranstaltungen und von Tirana aus Exkursionsprogramm.
11. 5. - 25. 5. ab Berlin-Schönefeld **DM 1.615,-**
Diese Programme werden von Skanderbeg-Reisen durchgeführt. Fordern Sie gesonderte Informationen bei uns an.

Haftanın yorumu

Burjuva politikacıları, konut yokluğuna karşı, evler ile yapılan spekülasyonlara karşı ve artan konut sorununa rağmen eski yapıları yıkmalarına karşı, halkın ve özellikle de gençliğin yükselen kararlı mücadelesi karşısında çılgına dön-

kaydetme işlemlerinin oldukça genişletilmesini ve bunların, hoşlarına gitmeyen her Federal Alman vatandaşını kapsamasını istemektedir.

Tabii ki, Rebmann yalnız değildir. Batı Alman Radyosu'nun

Bu "üçüncü neslin teröristleri"nin nerede bulunacağına gelince, Federal Başsavcı yukarıda belirttiğimiz açıklamalarında açıkça göstermektedir. Ve onun, hakları için mücadele eden gençliğe bu türden iftirallarda bulunmasına; onu canı olarak göster-

eden bir gösteride İranlı bir öğrenci polis kurşunlarıyla can vermişti)... Yoksa o damı toplumdan soyutlanmış teröristlerin yolunda?"

Federal Almanya'daki adaletin ve polisin en yüksek memuru olan Rebmann, bu

"ÜÇÜNCÜ NESLİN TERÖRİSTLERİ"

mektedirler. Ve onlar kendi kendine; bunu nasıl açıklamalı, gençliğin bu eylemlere başvurmalarının nedeni ne, buna karşı ne yapmalı, şeklinde sorular sormaktadırlar.

Federal Almanya'nın en üst savcısı Rebmann, bu eylemlerle ilgili olarak son günlerde görüşlerini açıklamıştı. Federal Başsavcı, CDU'nun da istediği gibi, yürüyüş hakkını kısıtlamak istemektedir. Daha doğrusu, emekçilere, devletçe alının önlemler vasıtasıyla sosyal haklarının elinden alınmasına ya da yok edilmesine karşı protestolarda bulunmaları yasaklanmak istenmektedir. Ama, tecrübeli "terörist avcısı" Rebmann, daha farklı bir şey tasarlamaktadır. "Şiddet yürüyüşlerini" ceza yasasının 129. maddesine tabii tutmak istemektedir. Yani bu gibi yürüyüşlerde yer alan kişilerin bir terörist örgütünün üyeleri olarak yargılanacak.

Böyle bir durumda hakimler, şimdiye kadar olduğundan daha da fazla ceza verebilecekler. Doğrusu, bu gibi eylemlere katılan kişilere yıllarca hapis cezası verilir, demir parmaklıklar arkasına atılacaklar. Diğer taraftan, bu gibi olaylarla, yerel polis ve yerel savcılık yerine bundan böyle Federal Polis Dairesi (Bundeskriminalamt) ve Federal Savcılık ilgilenecek.

Ve yine böyle bir durumdan devletin gözetim istasyonları da yararlanacak olacak: Eğer çok sayıda insan bir şiddet örgütünün üyesi olarak aranır, geniş çapta "gözetlemeler" yeniden devreye sokulacak ve bunun ile, şiddet yürüyüşü olarak gösterilen bir yürüyüş katılan kişiler, herhangi bir çatışmada yer almasalar bile, Federal Polis Dairesi'nin (BKA) kompütürlerine geçirilmiş olacaklar. Federal Başsavcı Rebmann, merkezi

(WDR 3) Kröcher ve Adomeit "teröristlerinin" cezalandırılması üzerine 9 Şubat tarihinde yaptığı bir yayında; Alman "terörist avcılarının" görüşlerini aşağıdaki gibi duymak mümkündür: Bugün teröristlerden işittiğimiz, sadece onların yargılanması ve cezalandırılmasıdır. Ama bu durum, terörizmin artık bir tehlike ifade etmediği anlamına gelmesin. Günümüzde daha çok "üçüncü neslin teröristleri"nin büyüdüğü tehlikesi mevcut.

mesine uygun olarak, radyo ve televizyon da şimdi bir yayın yapmaktadır. ZDF'in haber yayını "heute"de bir röportajcı, Batı Berlin'de bir yürüyüş katıldığından dolayı yargılanan ve mahkeme önünde politik bir savunma yapan bir kadın yürüyüş hakkında yine Federal Savcının mantığıyla, şöyle demektedir: "Onun konuşmaları, komşu cezaevindeki 2 Haziran hareketinde yeralan kadın yoldaşlarının konuşmalarının aynı idi. (2 Haziran 1972'de Şahı protesto



Batı Berlin'deki bir kitle yürüyüşü ve devreye sokulan polis



açıklamaları ve çabalarıyla ülkemiz halkını ve gençliğini tehdit etmektedir.

Güya bu gibi teröristler tarafından halkın tehdit edildiği -ki bunun gerçekte bir alakası yok - bahanesiyle, iç savaş provaları yapılmakta ve bol bol gözetlemeler sürdürülmektedir.

Ve yine suçsuz insanlar, devletin "terörist aramaları" sırasında polis kurşunlarına kurban gidecekler. Manfred Perder böyle bir "arama" sırasında "Mobilen Einsatzkommando" -nün ("Ek Eylem Komandoları" - bunlara halk dilinde: "Ek - Katliam Komandoları" denilmektedir.) bir üyesi tarafından duran arabası içinde makinalı tüfekle başından kurşunlanarak öldürülmüştü. Ve bugün Batı Berlin'de yürüyüş yapan gençler cezaevlerine dolduruldukları sırada, Manfred Perder'in katili olan polis, elini kolunu sallayarak, görevine devam etmektedir. Suçu tespit edildiği halde, bir Batı Alman mahkemesi ona sadece kısa bir süre için gözetim altında bulundurulma cezası verdi.

Bütün bunlar, geleceği güvence altına alınmayan ülkemiz gençliğine ve güvenceli insanca bir yaşama sahip olmayan emekçilere, kapitalist devletin saldırılarının birer parçasıdır. Bizler bu saldırıları ciddiye almak zorundayız. Uzun, ama mücadeleler sonucu elde ettiğimiz haklara yapılan saldırılara karşı, hayat şartlarının düşürülmesine ve ücretlerimizin talan edilmesine, faşist örgütlere karşı verdiğimiz mücadeleleri, burjuva devletin şiddetine karşı verdiğimiz mücadeleyle birleştirelim!

Dietrich Lohse

("Terroristen der dritten Generation" RM/Nr.8, S.7)

"Türkiye - Yardımı"na karşı mücadele devam ediyor!

Açlık grevleri sona erdi

BONN. — Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerin, Türkiye'deki işkencelere karşı Batı Almanya'da sürdürdükleri açlık grevleri altı haftalık bir süreden sonra sona erdiler. Açlık grevleri kamuoyunda büyük bir destek buldu ve faşist cuntaya yapılan yardımlar teşhir edildi.

Anti-faşistler, birçok şehirde yaptıkları açlık grevleri ve diğer kitle eylemleriyle halkın dikkatini askeri faşist cuntanın gerçekleştirdiği katliamların üzerine çektiler. Ve bunun yanı sıra Batı Alman Hükümeti'nin cuntayı desteklemesini de teşhir ettiler. Açlık grevcilerinin en önemli taleplerinden birisi de, Federal Almanya'da oluşturulan bir komisyonun Türkiye'ye gönderilip, oradaki işkenceleri araştırması idi. Ve böyle bir komisyonun Federal Hükümet tarafından desteklenmesi talep edilmektedir.

Bunun sonucu, SPD ve FDP Federal Parlamento grupları, böyle bir araştırma komisyonunun oluşturulması ve Türkiye'ye gönderilmesini kararlaştırmak zorunda kaldılar. Bu komisyonun içinde Peter Corterier (SPD) ve Helga Schuchardt de yer almaktadırlar.

Kararlı bir biçimde sürdürü-

len açlık grevleri ve yapılan kitle eylemleri, ülkemizde, Türkiye'deki somut durumlar üzerinde tartışılmasına ve faşist rejimin desteklenmesine karşı protestoların yükselmesine büyük katkıda bulundular. Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerin büyük bir enternasyonal dayanışmayla sürdürdükleri bu eylemler, Bonn politikacılarının Türkiye üzerindeki suskunluklarına da son verdiler.

Askeri faşist diktatörlüğe ve onun Federal Hükümet tarafından desteklenmesine karşı verilen mücadele, bütün hızıyla devam etmektedir. Önümüzdeki dönemde yeni eylemler için hazırlık yapılmaktadır. Bu eylemlerden bir tanesi de 14 Mart'ta Frankfurt'ta düzenlenecek olan büyük yürüyüşür.

"Türkiye - Yardımı" devam ettiği ve faşist cunta ayakta durduğu sürece bu eylemler devam etmelidir. Maliye Bakanı

Matthöfer, 1981 yılında da "Türkiye - Yardımı" programlarını OECD ülkeleri arasında organize edecek. Federal Hükümet geçen sene de, Batılı kapitalist devletlerin ve Türkiye'deki faşistlerin hoşuna gidecek bir biçimde bunu organize etmişti. Geçen ay Bonn'u ziyaret eden faşist cunta hükümetinin başba-

kan yardımcısı Özal, Türkiye'nin 1981 yılında 1,5 milyar Dolar yardımı ihtiyacı olduğunu açıklayarak, Alman dostlarına şöyle diyordu: Biz doğru bir istasyondayız, bizi bir başına bırakmıyacağımıza inanıyorum"

("Hungerstreik beendet" RM-Nr. 8, S.3)

TOPLANTI

"Düsseldorf Türkiye Komitesi", Türkiye'deki durum ve Bonn'un faşist cuntaya yaptığı yardımlar üzerine bir toplantı yapacak.

Konuşmacılar: Cafer Cebe, Uluslararası Af Örgütü'nün bir temsilcisi ve Bonn açlık grevi komitesinde yer alan iki kişi.

Yer: Evangelisch Studenten gemeinde Düsseldorf Witzel str. 76 (Uniklinik'in yakınlarında)

Zaman: 21.2.1981, Saat: 18.00'de

HESSEN

10 000 öğrenci ve çırak hakları için yürüdü

WIESBADEN. — 10 000'den fazla öğrenci ve çırak, 7 Şubat günü Wiesbaden 'de yaptıkları bir yürüyüşle Hessen Eyalet Hükümeti'nin sosyal giderleri kısıtlama politikasını, okul ve meslek öğrenimi için harcanan paralarını kısıtlanmasını protesto ettiler. Bu eylem, Eyalet Öğrenci Gençliği ve DGB gençliği tarafından düzenlendi.

3 300'den fazla öğretmenin işsiz olduğu Hessen Eyaleti'nde, okullarda büyük miktarda öğretmen eksikliği var. Hükümet, bu öğretmenleri işe alıp öğretmen eksikliğini gidermek istememektedir. En fazla öğretmen eksikliği olduğu okullar da, meslek okullarıdır. Bu okullarda gerekli olan öğretmen kadrosunda yüzde 40 eksiklik vardır. Yine bu okullarda öğrencilerin yüzde 65'i haftada 10 saatten az ders görmektedirler, 20 000'den fazla meslek okulu öğrencisi, meslek öğrenecek bir iş yerine sahip değildir.

Ama, sadece meslek öğrenme yerlerinin verilmesi zorunluluğunun kaldırılmasıyla, kapitalistlere bir defasında 3,5 milyar DM hediye edildi. 1985 yılına kadar yaklaşık 4 300 meslek

öğrenme yer ortadan kaldırılacak.

Beş öğretmen, öğretmen başına düşen öğrenci sayısının artırılmasını protesto etmek amacıyla; iki gün süreyle kendilerini Eyalet eğitim bakanlığının kapısına zincirlediler. Öğretmenler, halkın ilgisini çeken eylemini, öğrencilerin yürüyüşüne katılarak sona erdirdiler.

Öğrencilerin, öğretmenlerin ve çırakların temsilcileri; yürüyüşün sonunda yapılan mitingde kapitalistlerin ve Eyalet Hükümeti'nin tavırlarını, özellikle de Eyalet Başbakanı Börner'i sert bir şekilde eleştirdiler.

("10 000 Schüler und Lehrlinge demonstrierten für ihre Zukunft" RM/Nr.8, S.1)



Bundan üç ay önce de öğretmenler Wiesbaden'de Hessen eyalet hükümetinin eğitim politikasını protesto etmişlerdi.

"Atatürk'e hakaret"

Bir Alman kızı Türkiye'de cezaevine atıldı

Bonn olayı gizli tutmaya çalıştı

19 yaşındaki bir Alman lise öğrencisi olan Dörte P., altı haftadan beri Türkiye'nin Muğla şehrindeki cezaevinde yatmaktadır. Alman kız öğrenci, bir mektup pulu üzerindeki Atatürk resmini küpe, fes ve bıyık ile süslediğinden ötürü faşist cuntanın polisleri tarafından tutuklanmıştır.

Alman kız anne ve babasına göndermek istediği mektubun üzerine yapıştırdığı puldaki resmin kime ait olduğunu bilmiyordu. Postahane mektubu yollamak isterken farkına varıldı ve polis tarafından tutuklanarak, cezaevine gönderilmiştir. Savcılık, "Atatürk'ün şahsına hakaretten" ötürü Alman kız hakkında dava açtı.

Olay 9 Ocak tarihinde Batı Almanya'nın Ankara büyük elçisine bildirildi. Kız öğrencinin serbest bırakılması için girişilen çabalar sonuçsuz kaldı. Bu arada Türkiye'nin Bonn Büyük Elçiliği'ne yapılan başvuru da başarısız kaldı. Hatta 28 Ocak olarak tespit edilen mahkeme günü ileri bir tarihe eretildi. Dörte P. mahkeme önüne çıkarılacak olursa, faşist yasalara göre iki yıla kadar hapis cezası hesaplamak zorundadır.

İşin ilginç yanı, bu olayın ki-

sa bir süre öncesine kadar Bonn tarafından gizli tutulması idi. Öyle ya, Bonn ile Ankara arasındaki ilişkiler bunun dışında oldukça iyi. Bundan ötürü Alman yetkililer, böyle bir olayla faşist cuntanın iç yüzünü sergilemek istemezler. Dışişleri Bakanlığı sekreterliğinin Türk Büyükelçiliği'ne yönelik yaptığı bir açıklamada bunu kanıtlamaktadır: "Eğer olay basına yansayacak olursa" Alman-Türk ilişkileri zedelenebilir.

Tutuklu kız öğrencinin serbest bırakılması için bu olayın kamuoyunda duyurulması ve cuntanın teşhir edilmesi önemli bir destektir. Dörte'nin serbest bırakılması için Bonn Hükümeti girişimde bulunmalıdır! Bonn'un faşist cuntaya yaptığı her türlü yardıma derhal son verilmesini talep ediyoruz! ("Deutsche in der Türkei eingesperrt" RM/Nr. 8, S.2)

Lokavt yasaklanmalıdır!

Açılan kampanyada 44 000 imza toplandı

DORTMUND. — "Lokavtı yasaklanma kampanyası"nın temsilcileri, lokavtın yasal olarak yasaklanması için toplanan 44193 imzayı dokuz dosya halinde geçen hafta salı günü IG Druck sendikasının Nordrhein-Westfalen Eyaleti Yönetim Kurulu'na teslim ettiler.

Geçen yıl açılan "Lokavt yasal olarak yasaklanma kampanyası" 50 komite halinde bütün Batı

Almanya çapında geniş bir faaliyet sürdürdü. Bu kampanyanın önemli yönlerinden birisi de,

Rekor satışa rağmen:

Siemens 10 000 işyerini tahrip etmek istiyor

Süper kârlar rasyonalizasyonu hızlandırıyor

MÜNİH. — Federal Almanya'nın en büyük tekellerinden biri olan Siemens, geçtiğimiz 1979/80 iş yılında üretilen malların satışında yeni bir rekor kırdı. Buna rağmen konsern yönetim kurulu Başkanı Karlheinz Kaske, Siemens işletmelerinde yaklaşık 10 000 işyerinin tahrip edileceğini açıkladı.

Geçtiğimiz iş yılında Siemens patronları satışlarını yüzde 14 artırdılar. Yani üretilen malların satışında inanılmayacak derecede — 32 milyar DM'in üzerinde — yükselme oldu. Yapılan siparişlerde ise yüzde 19 civarında (35 milyar DM) artış kaydedildi. Derinleşen ekonomik krize karşın, Siemens tekelinin satışlarında ve siparişlerinde gittikçe bir artış olmaktadır. Ekim ayında başlayan 1980/81 iş yılının ilk üç ayında, geçen iş yılının ilk üç ayına karşın, üretim mallarının satışında yüzde 9 ve alınan siparişlerde ise yüzde 12 artış oldu.

Bu artışa rağmen, Siemens kapitalistleri işletmelerinde çalışan işçi sayısını artıracaklar mı? Ya da, bugünkü sayıyı koruyacaklar mı? Kesinlikle hayır. Çünkü, onların amacı; "kâra kâr diyebilmemiz için, daha hızlı yükselmesi gerekir"dir. Konsern yönetim kurulu Kaske, Siemens firmalarında çalışanların sayısında yüzde 2 ila 3 arasında düşüş yapılacağını söylemektedir. Demek oluyor ki, toplam 344 bin kişi işçi çalıştıran Siemens, bu sayıda 10 bin düşüş yapacak.

Sendikacılar, Siemens patronlarının açıkladığı bu sayının, gerçeğin yarısı olduğunu ve gerçekten ise 20 bine yakın işyerinin tahrip edilmek istendiğini söylemektedirler. Siemens'in en üst patronları, tekelin iş durumunun sadece bu dönemde değil, gelecek ve daha ileri dönemler için de "fena olamayacağını" söylemelerine rağmen, personal sayısında azaltma yapma çabasındadırlar.

İşyerinin yok edilmesinin bir bölümü güya "doğal değişimler" yoluyla yapılacak. Yani ölüm, emekliye ayrılma veya kendi isteğiyle işten ayrılma durumlarında; boşalan işyerlerine kimse alınmayacak. Ve bunun bir sonucu olarak da, çalışan personelin sayısında düşüş olacak. Bununla beraber, Kaske, "toplu işten atmaların da gözardı edilmediğini" söylemektedir.

Ayrıca o, Siemens'de kısa çalışmanın genişletileceğini de açıklamaktaydı. Geçen Ocak ayında 9 000 işçi, her hafta bir iş

günü evde kalmak zorundaydı. Bu sayının Şubat'ta 12 bine çıkması gerekmektedir.

Siemens, Batı Almanya'da en çok işçi çalıştıran bir tekelidir. Ekonomik kriz giderek derinleşmekle beraber, bu tekel, diğer yıllara oranla daha yüksek kârlar elde edebilen ve hatta satışlarını artırabilen tekelin içinde yer almaktadır. Ama bu, Siemens patronları için yeterli değildir. Milyarlık kârlar, tekel kapitalistlerini rasyonalizasyona teşvik etmektedirler. "Planlanan yaklaşık 1,9 milyar DM'lik yatırımlar, üretimin artırılmasını hedeflemektedir." 5 Şubat tarihli "Frankfurter Rundschau" gazetesinin ekonomi bölümünde Siemens patronlarının kâr stratejisi aynen böyle açıklanıyordu. Açıkcası, daha az işçi çalıştırıp, daha fazla kârlar elde etmeyi hedeflemektedirler.

Geçtiğimiz 1979/80 iş yılında Siemens'de çalışan her işçi, 100 bin DM değerinde mal üretti. Bu rakam, Siemens'de çalışan erkek ve kadın emekçilerin Siemens patronlarına baş döndürücü ölçüde kârlar sağladığını bize anımsatmaktadır.

Ama, bütün bunlar Siemens kapitalistleri için henüz yeterli değildir. Onlar, bundan ötürü binlerce işçiyi sokağa atmak istemekte, işçi ailelerinin yaşamalarını acımasız bir biçimde tehdit etmekte ve işsizler ordusunun sayısını artırmaktadırlar.

Bugün acil olan; IGM sendikasının ve Siemens işyeri işçi temsilciliklerinin, işyerlerinin tahrip edilmesine ve rasyonalizasyona karşı hiç taviz vermeden bir mücadele cephesi oluşturmalarıdır. İşyerlerinin tahrip edilmesinin her çeşidine hayır! Bir tek işçinin işten atılması dahi kabul edilmemelidir. Kapitalistlerin bu saldırılarına karşı Siemens emekçileri, önümüzdeki işyeri işçi temsilcilikleri seçimlerinde hangi adayların ve listelerin işçilerin talepleri doğrultusunda mücadele edeceklerini ve hangilerinin kapitalistlerle "güvenilir bir işbirliği" yapacağını iyi bilmelidirler ve ona göre temsilcilerini seçmelidirler. ("Siemens wird 10 000 Arbeitsplätze vernichten" RM/Nr. 7, S. 4)

lokavtın yasaklanması talebi için imza toplanması idi. Yürütülen faaliyetlerde toplam 44 193 imza toplandı.

"Kampanya", lokavtın yasaklanması talebinin gerçekleştirilmesi için kamuoyunda geniş kapsamlı bir propaganda faaliyeti sürdürdü. Bu faaliyetlerden birisi de, IGM sendikası ve IG Druck sendikası üyeleri tarafından lokavta karşı açılan toplu dâvanın mahkemede görüldüğü sırada, 22 Mart 1980 tarihinde Kassel'de İş Mahkemesi önünde yasal olarak yasaklanması için yapılan kitle yürüyüşü idi.

Lokavtın yasal olarak yasaklanması için sendikaların verdiği mücadeleyi desteklemek amacıyla "kampanya", IG Druck sendikasına bir öneri getirer, topladığı imzaları kendisine vereceğini söylemişti. Kampanyanın temsilcileri, toplanan imzaları 10 Şubat'ta Dort-



Lokavtın yasaklanması için Kassel'de yapılan yürüyüş

mund'da IG Druck sendikasının Eyalet Yönetim Kurulu olağan toplantısında teslim ettiler. İmzalar resmi olarak teslim edildiği sırada, gazeteciler ve Batı Alman Radyosu da toplantıda bulunuyordu.

IG Druck Eyalet Yönetim Kurulu Başkanı Franz Kersjes, diğer şeylerin yanı sıra şunları açıklamıştı: "Lokavta karşı verilen mücadele, bir siyasi mücadeledir. Biz, lokavtın yasal olarak yasaklanması kesinlik kazanıncaya kadar bu mücadeleyi sürdüreceğiz."

"Lokavtı yasaklama kampanyası"nın merkez komisyonu sözcüsü Törk Hansen de, son yıllarda basın, metal ve demir-çelik sanayiinde kapitalistlerin sık sık lokavt uygulamalarına gitmesinin, böyle bir kampanyanın başlatılması için hareket noktası olduğunu hatırlatarak, şu şekilde konuştu: "Toplumda ki bu haksızlığa karşı geniş bir hareket yaratmak için, çeşitli sendikaların üyeleri olarak bir araya geldik ve lokavtın yasaklanması için bu kampanyayı başlattık. Bizi ilk sırada ilgilen-

diren, yasa yapanlar üzerine politik baskı uygulamaktı. Bu, böyle önemli bir talebin gerçekleştirilmesi için gerekli bir girişimdi. Bundan dolayı böyle bir kampanya içinde birleşik ve buna, örneğin Max von der Grün'ü (tanınmış demokrat bir yazar) de kazandığımız için sevindik. Bizim amacımız; lokavtın yasaklanması için geniş bir kamuoyu oluşturmaktır."

("Kampagne übergab der IG Druck 44 000 Unterschriften" RM/Nr. 8, S. 4)

KPD ve Almanya'da sınıf mücadelesi (1919 - 1980)

SON BÖLÜM

KPD ve Almanya'da sınıf mücadelesi tarihi üzerine yazı dizimizin şimdiye kadarki beş bölümünde KPD'nin kuruluşunu, yozlaştırılmasını, yeniden kuruluşunu ve oldukça büyük bir öneme sahip olan 1978 yılı sonundaki 4. Parti Kurultayına kadarki gelişimini anlatmıştık. Yazı dizimizin bu son bölümünde ise, 4. Parti Kurultayından şimdiye kadarki gelişmeleri ve KPD'nin yeni mücadele perspektiflerini anlatacağız.

Halk Cephesi Kuruldu

4. Parti Kurultayında alınan sonuçlar farklı yansılarla karşılaşılan işçi arkadaşların yanında yer alarak, büyük faaliyetler örgütlediler.



HALK CEPHESİ kurulur kurulmaz anti-faşist mücadele içinde aktif bir biçimde yer aldı

Parti yoldaşların büyük çoğunluğu alınan sonuçları coşkuyla karşılayıp, selamladığı sırada, bir bölümü partinin sektör etkilenmeleri aşmasından, mücadele taktiklerini genişletmesinden ve sınıf mücadelesi içinde daha etkili bir biçimde yer almasından yana değildi veya yana olmak istemiyordu. Bu unsurların birçoğu partiyi terk etti. Ama, Partimiz bir bütün olarak faaliyetlerini genişletti, mücadeleyi hızlandırdı.

Partimiz DGB sendikaları içindeki çalışmalarına büyük bir önem verdi, bunun bir sonucu olarak 1979 yılında yapılan işyeri sendika seçimlerinde Devrimci Sendika Muhalefeti (RGO) büyük bir başarı kazandı. Bu seçimlerde partili yoldaşlar RGO-

muş bir gerici olan Strauss'un Federal Parlamento seçimlerindeki provakatif başkanlık adaylığı, büyük ve önemli bir gelişmeye yol açtı: Ekim 1979'da partiler üstü, anti-faşist bir kitle örgütü olarak HALK CEPHESİ kuruldu. KPD, Halk Cephesi'nin kuruluşunu ve mücadelesini kararlı bir şekilde destekledi.

Buraya kadar anlattıklarımız, partimizin şimdiye kadarki mücadelesinde aldığı toplam sonuçlardı. KPD/ML, çeşitli oportunist grupların dağılması sonucu geçen sene yeniden zengin bir geleneğe sahip olan KPD ismini aldı. Bugün KPD çelikten bir kadrosuyla, işçi sınıfı hareketi içinde aldığı sağlam pozisyonlarla ve Marksist - Leninist il-

kelerle donanmış olarak, gelecekteki görevleri için hazır bulunmaktadır.

KPD bütün önemli cephelerde mücadele ediyor

KPD'nin, Halk Cephesi ve Devrimci Sendika Muhalefeti gibi önemli ve gelişen kitle örgütleri içindeki etkisi, bu cephelerdeki mücadelenin gelişip güçlenmesi için bir silahtır. Partimiz, bu

gün "Özgür Köylü Hareketi" (Freies Landvolk) içindeki etkisiyle, gelişen köylü hareketine de kol atacak durumdadır.

Komünistler, sınıf mücadelesinin bütün önemli cephelerinde politik olarak kararlı bir biçimde mücadele etmektedirler. Aynı şekilde bütün önemli kitle örgütleri içindeki çalışmalarında, olsun, diğer mücadele alanlarında olsun her zaman KPD'nin siyasi çizgisine uygun olarak, bu mücadeleyi sosyalizmin büyük hedefine yönlendirerek, ülkemizi, emperyalizmin ve gericiğin bir kalesi durumundan kurtarıp; barışın ve sosyalizmin olduğu, insanın insan tarafından sömürülmediği bir ülke haline getirmek için çaba harcamaktadırlar.

Kapitalizmin sürekli derinleşen krizi, faşizmi yeniden kurmak için artan hazırlıklar, yeni bir emperyalist savaşın artan tehlikeleri gerçek Marksist - Leninist bir parti olarak KPD'nin mücadele görevleri burada yatmaktadır. Partimiz, derinleşen krizin yükünün işçi sınıfının ve emekçi halkın sırtına yüklenmesine karşı, devletin gittikçe faşistleştirilmesine karşı ve yeni bir emperyalist savaşa karşı mücadele etmekte ve bu doğrultuda kitleleri örgütlemeye çalışmaktadır.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

"Roter Morgen"ı sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

● yıllık 60 DM ● 6 aylık 30 DM ● Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.